

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Muriel Asseburg

Nach dem israelischen Teilabzug

Perspektiven und Herausforderungen

S 19
August 2005
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2005

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Der israelische Plan
10	Konfliktentschärfung oder erneute Eskalation?
11	Eine neue Dynamik in Nahost?
11	Bedingung: ein erfolgreicher Teilabzug
13	Nach dem Abzug: schwierige Ausgangsbedingungen
13	Geschwächte Wirtschaft
15	Fatah versus Hamas
16	Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung
18	Wie geht es weiter?
20	Empfehlungen
21	Stabilisierung der Sicherheitslage
21	Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung
22	Legitime und effiziente palästinensische Führung
23	Vollständiger Teilabzug
23	Wiedereinstieg in den Roadmap-Prozeß
25	Anhang
27	A1 Siedlungen und Siedler in West Bank, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem
28	A2 Siedlungsräumung im Gaza-Streifen
29	A3 Siedlungsräumung in der nördlichen West Bank
30	A4 Verlauf der Sperranlagen und Lage der Siedlungen in der West Bank
31	A5 Makroökonomische Indikatoren der palästinensischen Volkswirtschaft, 1999–2004
32	Abkürzungen

Nach dem israelischen Teilabzug. Perspektiven und Herausforderungen

Mitte August 2005 beginnt Israel damit, die israelischen Siedlungen und Militäranlagen im Gaza-Streifen und vier Siedlungen in der nördlichen West Bank zu räumen. Dieser Schritt eröffnet die Chance, neue Dynamik in die verfahrenere Lage in Nahost zu bringen. Wird sie genutzt, kann es zu weiteren Teilabzügen – seien sie unilateral oder verhandelt –, zur Rückkehr an den Verhandlungstisch und letztlich zur Realisierung der Vision zweier friedlich nebeneinander existierender Staaten kommen.

Allerdings ist noch keineswegs sicher, ob der israelische Teilabzug geordnet und unblutig verlaufen wird. Die Ausgangsbedingungen sind eher ungünstig: Der israelische Premierminister hat bislang keinerlei Anstalten unternommen, den Abzug zur Vertrauensbildung zu nutzen und die palästinensische Seite voll in die Vorbereitungen einzubeziehen; dem palästinensischen Präsidenten ist es nicht gelungen, Recht und Ordnung zu etablieren; und auf beiden Seiten positionieren sich militante Kräfte, um den Prozeß zu stören. Insofern deuten die aktuellen Entwicklungen eher darauf hin, daß der fragile Waffenstillstand endgültig zusammenbrechen und die Gewalt während der israelischen Räumung erneut eskalieren könnte.

Doch selbst wenn der Räumungsprozeß überwiegend friedlich verlaufen sollte bzw. aufkommende Gewalt relativ schnell wieder eingehegt werden kann, wird für einen Erfolg vor allem entscheidend sein, ob sich nach dem Abzug die Erwartungen beider Seiten erfüllen. Während auf israelischer Seite eine dauerhafte Verbesserung der Sicherheitssituation im Vordergrund steht, geht es für die Palästinenser mindestens ebenso dringlich um eine rasche und nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und um eine politische Perspektive, in der die nächsten Schritte zu einem vollständigen Ende der Besatzung und zur staatlichen Unabhängigkeit vorgezeichnet sind.

Daß sich die Erwartungen beider Seiten erfüllen, ist zwar nicht ausgeschlossen, aber doch relativ unwahrscheinlich. Denn die Ausgangslage ist ungünstig: So ist insbesondere in den palästinensischen Gebieten die öffentliche Ordnung weitgehend zusammengebrochen, und die Palästinensische Autorität (PA) vermag das Gewaltmonopol gegenüber den bewaff-

neten Gruppen und Banden nicht durchzusetzen. Die geplante Abkoppelung wird zudem weder für eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen noch für eine nachhaltige Entwicklung in den palästinensischen Gebieten sorgen. Nach wie vor wird der Gaza-Streifen weitgehend von seiner Umwelt isoliert sein, wird es keine Transitstrecke zwischen West Bank und Gaza-Streifen unter palästinensischer Kontrolle geben und wird die West Bank durch die Sperranlagen, Siedlungen, Siedlerstraßen und Hunderte von Checkpoints zerstückelt und Ost-Jerusalem nahezu vollständig von seinem Hinterland abgeschnitten sein. Da die unilaterale Trennung darüber hinaus keine Aussicht auf Konfliktregelung bietet, ist auch keine automatische Stabilisierung der Sicherheitslage zu erwarten. Und die ist wiederum notwendig, um vertrauensbildende Wirkung zu entfalten und den Weg zu Verhandlungen zu ebnen. So ist die Gefahr groß, daß der Prozeß scheitert. Die Folge wäre eine erneute Eskalation der Gewalt oder sogar eine dritte Intifada. Eine solche Konfliktverschärfung könnte langfristig sowohl weitere unilaterale Räumungen als auch die Wiederaufnahme von Verhandlungen verhindern und damit letztlich eine Zweistaatenlösung unrealistisch machen.

Für die internationale Gemeinschaft besteht die aktuelle Herausforderung darin, einerseits den israelischen Teilabzug auf eine Art und Weise zu unterstützen, daß er zu einem positiven Präzedenzfall wird. Um den Abzugsprozeß zu stabilisieren, werden finanzielle Hilfen alleine aber nicht ausreichen; das sogenannte Nahost-Quartett sollte darüber hinausgehend alles dafür tun, daß der Abzug unter Bedingungen stattfindet, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den palästinensischen Gebieten erlauben.

Das Nahost-Quartett sollte andererseits versuchen, das Mißtrauen zwischen den Konfliktparteien zu überbrücken, indem es sowohl eine konkrete Möglichkeit der Konfliktregelung aufzeigt als auch den Weg, der zu ihr hinführt. Dieser Perspektive sollte dann auch durch ein verstärktes Engagement Glaubwürdigkeit verliehen werden. Deutschland und die EU sollten daher im Rahmen des Quartetts auf einen komplementären Ansatz der Partner (USA, EU, UN und Russische Föderation) hinwirken.

Folgende konkrete Aufgaben sollten dabei für das Quartett Priorität haben:

- ▶ die Sicherheitslage durch Reformen im palästinensischen Sicherheitsapparat, eine bessere Ausstattung und flexiblere Stationierung stabilisieren;
- ▶ durch großzügige Hilfsleistungen zu einer schnellen und greifbaren Verbesserung der Lebensbedingungen in den geräumten palästinensischen Gebieten beitragen;
- ▶ den Grundstein für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung legen, indem freier Warenaustausch ermöglicht und die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen geschaffen werden;
- ▶ die Legitimität der palästinensischen Führung durch einen fokussierten Reformprozeß stärken und die Oppositionskräfte durch Wahlen ins politische System einbinden;
- ▶ auf einen vollständigen Abzug aus dem Gaza-Streifen und der nördlichen West Bank drängen, um die Reibungs- und Konfliktpunkte zwischen Israelis und Palästinensern zu reduzieren;
- ▶ den Wiedereinstieg in den Roadmap-Prozeß aktiv fördern und dadurch eine Perspektive für die Konfliktregelung eröffnen.

Der israelische Plan

Gemäß Abkoppelungsplan¹ wird Israel bis spätestens Ende 2005 alle Siedlungen und militärischen Anlagen im Gaza-Streifen sowie vier Siedlungen und militärische Anlagen in der nördlichen West Bank räumen. In diesen Gebieten wird es dann keine permanente israelische Anwesenheit mehr geben – mit Ausnahme der Militärpräsenz an der Grenze zwischen Gaza-Streifen und Ägypten. Die betroffenen Siedlungen wurden in vier Gruppen eingeteilt, die ab Mitte August in vier aufeinander folgenden Phasen geräumt werden sollen. Begonnen wird mit den Siedlungen der Gruppe A (die isolierten Siedlungen im Gaza-Streifen: Morag, Netzarim, Kfar Darom), es folgt Gruppe B (die Siedlungen in der nördlichen West Bank: Ganim, Kadim, Sa-Nur, Homesh), dann Gruppe C (die Gush Katif-Siedlungen) und zuletzt Gruppe D (die Siedlungen im nördlichen Gaza-Streifen: Alei Sinai, Dugit, Nisanit).² Es ist geplant, die industrielle, kommerzielle und landwirtschaftliche Infrastruktur der Siedlungen zumindest zum Teil den Palästinensern zu übergeben und sensible Einrichtungen (etwa Synagogen) vor dem Rückzug zu zerstören oder abzubauen. Im Juni 2005 haben sich Israel und die Palästinensische Autorität (PA) darauf geeinigt, daß auch die Wohnhäuser der Siedlungen nach ihrer Räumung zerstört und nicht an die PA übergeben werden sollen. Dann ist es Sache der PA – mit finanzieller Unterstützung der internationalen Gemeinschaft –, den Schutt zu beseitigen und den Boden für neue Bauprojekte vorzubereiten.³

1 Der Plan wurde von Premierminister Ariel Sharon im Dezember 2003 zum ersten Mal angekündigt, im April 2004 vorgelegt und von der Knesset in leicht veränderter Form im Juni 2004 verabschiedet. *Israel Ministry of Foreign Affairs, The Disengagement Plan. General Outline, 18.4.2004; dass., The Government Resolution Regarding the Disengagement Plan, 6.6.2004*, unter: <www.mfa.gov.il/>.

2 Vgl. im Anhang die Karten A2 (S. 28) und A3 (S. 29). Die Reihenfolge der Räumungen könnte sich noch kurzfristig ändern. Nach aktuellen Planungen soll die Räumung bereits am jüdischen Neujahrsfest Rosh Hashanah Anfang Oktober 2005 abgeschlossen sein.

3 Diese Regelung liegt durchaus im beiderseitigen Interesse. Die PA ist der Sorge enthoben, wie sie eine Stürmung der Siedlungshäuser durch militante Gruppierungen und Plünderungen verhindern kann. Außerdem hofft sie, durch Neubauprojekte den Bedürfnissen der Bevölkerung besser entsprechen zu können als durch eine Verteilung der Siedler-

anwesen, die überwiegend auf Kleinfamilien zugeschnitten sind. Auch Israel möchte Bilder einer Stürmung und Inbesitznahme der Siedlungen durch militante palästinensische Gruppierungen vermeiden, die einen Sieg des bewaffneten Aufstandes suggerieren. Entgegen der Aussage der amerikanischen Außenministerin bei ihrem Besuch in der Region im Juni 2005 ist bislang allerdings weder die Finanzierungsfrage geklärt noch die Frage, wer die Häuser zerstören wird. 4 Israel will zwar nach wie vor die Versorgung der geräumten Gebiete mit Elektrizität, Gas, Öl und Trinkwasser gewähr-

anwesen, die überwiegend auf Kleinfamilien zugeschnitten sind. Auch Israel möchte Bilder einer Stürmung und Inbesitznahme der Siedlungen durch militante palästinensische Gruppierungen vermeiden, die einen Sieg des bewaffneten Aufstandes suggerieren. Entgegen der Aussage der amerikanischen Außenministerin bei ihrem Besuch in der Region im Juni 2005 ist bislang allerdings weder die Finanzierungsfrage geklärt noch die Frage, wer die Häuser zerstören wird.

4 Israel will zwar nach wie vor die Versorgung der geräumten Gebiete mit Elektrizität, Gas, Öl und Trinkwasser gewähr-

lich-palästinensische Abkommen aus der Oslo-Zeit sollen grundsätzlich in Kraft bleiben, darunter Vereinbarungen über die Freiheit des Personen- und Warenverkehrs, die Währungsunion und ökonomische Zusammenarbeit, über Steuern und Zölle, Post und Kommunikation.⁵

Quasi im Gegenzug zur Räumung des Gaza-Streifens und der nördlichen West Bank sieht der israelische Plan vor, daß Israel langfristig – also auch nach der Unterzeichnung eines Endstatus-Abkommens mit den Palästinensern – bestimmte Gebiete in der West Bank behält. Zu diesen Gebieten zählen die großen Siedlungsblöcke entlang der sogenannten »Grünen Linie« (der Waffenstillstandslinien von 1949) sowie in und um Jerusalem, aber auch Sicherheitszonen und andere Gebiete, in denen Israel »besondere Interessen« hat, etwa religiöse Stätten in palästinensischen Bevölkerungszentren, beispielsweise in Bethlehem, Hebron oder Nablus. Israels Premierminister hat einen Brief des amerikanischen Präsidenten vom April 2004 als Zustimmung der USA zu diesem Vorhaben interpretiert: In diesem Brief hatte George W. Bush betont, daß eine Konfliktregelung die demographischen Gegebenheiten berücksichtigen müsse, insbesondere die der großen israelischen Bevölkerungszentren in der West Bank. Zugleich hatte er aber auch deutlich gemacht, daß weder der Status der Siedlungen in der West Bank noch der Status Jerusalems durch unilaterale Vorwegnahmen festgelegt werden dürfe; dies könne nur in Form einer Verhandlungslösung erfolgen.⁶ Der Abkoppelungsplan sieht zudem vor, daß die Sperranlagen in der West Bank und in Ost-Jerusalem fertiggestellt werden. Ihr Verlauf bezieht die großen Siedlungsblöcke auf israelischer Seite ein und wird

leisten, aber die Militäradministration im Gaza-Streifen auflösen. Damit soll unterstrichen werden, daß im Sinne der Interpretation der israelischen Regierung mit dem Abzug auch die Besatzung beendet ist und Israel für die dort lebende Bevölkerung keine Verantwortung mehr trägt.

⁵ Bis heute ist trotz der bewaffneten Auseinandersetzungen der zweiten Intifada und der De-facto-Mißachtung der Oslo-Abkommen durch beide Konfliktparteien kein Teil der Vereinbarungen formell für ungültig erklärt worden.

⁶ President George W. Bush's Letter to PM Ariel Sharon, 14.4.2004, unter: <www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/DisengagemePlan/>. Vgl. auch die Zusagen, die der amerikanische Präsident Mahmud Abbas bei dessen Besuch in Washington hinsichtlich einer beidseitig akzeptierten Lösung gemacht hat, die unilaterale Vorwegnahmen ausschließt; President Welcomes Palestinian President Abbas to the White House, 26.5.2005, unter: <www.whitehouse.gov/news/releases/2005/05/20050526.html>.

durch eine entsprechende Siedlungspolitik, vor allem im Großraum Jerusalem, untermauert und verfestigt.⁷

Im Abkoppelungsplan ist eine Kooperation mit der Palästinensischen Autorität nicht vorgesehen. Vielmehr wird betont, daß Israel sich dazu gezwungen sehe, unilaterale Maßnahmen zu ergreifen, weil es keinen Partner auf der palästinensischen Seite gebe, mit dem die Roadmap des Nahost-Quartetts umgesetzt werden könne. Ungeachtet des näher rückenden Abzugsdatums hat die israelische Regierung kein Interesse an Verhandlungen und einem Wiedereinstieg in den Friedensprozeß signalisiert. Sie will den Abzugsprozeß aber sehr wohl mit der palästinensischen Seite koordinieren, um einen weitgehend geordneten und unblutigen Abzug zu gewährleisten. Dabei ist die israelische Regierung besonders daran interessiert, daß die PA während des Abzuges gewalttätige Angriffe unterbindet, die reibungslose Übernahme von Siedlungsinfrastruktur und -immobilien gewährleistet und nach dem Abzug sicherstellt, daß von den geräumten Gebieten keine Gefahr mehr für Israel ausgeht. Folglich hat sich Tel Aviv letztlich doch darum bemüht, die Vorbereitungen für den Abzug im Sicherheitsbereich mit den Palästinensern abzustimmen und einige der in Sharm al-Sheikh im Februar 2005 beschlossenen vertrauensbildenden Maßnahmen umzusetzen.⁸ Die PA zeigte ihrerseits zunächst wenig

⁷ Vgl. Danny Seidemann, *Appropriating Jerusalem*, Jerusalem (Ir Amim), Juni 2005; Tom Segev, *The Paradox of Jerusalem*, in: *Haaretz Weekend Magazine*, Internet Edition, 10.6.2005.

⁸ In Sharm al-Sheikh einigten sich Premierminister Sharon und Präsident Abbas auf eine beiderseitige Waffenruhe, auf den schrittweisen Abzug des israelischen Militärs aus den wiederbesetzten West-Bank-Städten und auf vertrauensbildende Maßnahmen, darunter die Freilassung von insgesamt 900 palästinensischen Häftlingen, die Erhöhung der Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser in Israel und die Einstellung von Aufstachelung und Hetze in den palästinensischen Medien.

Tatsächlich hat Israel daraufhin sowohl die gezielten Liquidierungen als auch größere Militäroperationen in den palästinensischen Gebieten eingestellt und in zwei Etappen palästinensische Häftlinge freigelassen. Der Abzug des israelischen Militärs aus den Städten der West Bank verzögert sich jedoch; bis zum Gaza-Abzug wurden lediglich Jericho und Tulkarem übergeben. (Tulkarem wurde allerdings nach einem Selbstmordanschlag im Juli 2005 erneut besetzt.) Die PA ergriff Maßnahmen, um Angriffe auf israelische Ziele zu verhindern: Zum einen führte sie einen Dialog mit den Oppositionsgruppen und den militanten Gruppierungen, der in die Kairoer Vereinbarung vom März 2005 mündete, zum anderen stationierte sie an strategischen Stellen im Gaza-Streifen Polizisten, um das Abfeuern von Mörsergranaten und Raketen zu unterbinden. Nach dem Sharm al-Sheikh-Gipfel

Enthusiasmus dafür, in die Verantwortung für einen unilateralen israelischen Plan genommen zu werden, zumal sie diesen Plan als ein Instrument zur Vermeidung von Verhandlungen und zur Festigung der israelischen Kontrolle über den Großteil der West Bank und Jerusalem betrachtet, und nicht als einen Schritt in Richtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates.⁹ Letztlich hat aber auch die palästinensische Führung Interesse an einem geordneten Abzug und einer geregelten Übernahme der Siedlungsinfrastruktur und damit an Koordination und Planung des Abzugs gezeigt. Deshalb hat auch die PA im Frühjahr 2005 damit begonnen, entsprechende Vorbereitungen für den Abzug zu treffen.

ist es für rund vier Monate gelungen, die Situation effektiv zu beruhigen und das Ausmaß der Gewalt deutlich zu vermindern.

9 Die Befürchtungen auf palästinensischer Seite wurden erheblich verstärkt durch Interviewäußerungen von Dov Weissglas, dem engen Vertrauten, ehemaligen Büroleiter und Berater des Premierministers: »The disengagement plan [...] is the bottle of formaldehyde within which you place the [US] president's formular so that it will be preserved for a very lengthy period. [...] The disengagement plan makes it possible for Israel to park conveniently in an interim situation that distances us as far as possible from political pressure. It legitimizes our contention that there is no negotiating with the Palestinians. [...] It also transfers the initiative to our hands. It compels the world to deal with our idea, with the scenario we wrote. [...] The significance is the freezing of the political process. And when you freeze that process you prevent the establishment of a Palestinian state and you prevent a discussion about the refugees, the borders and Jerusalem. Effectively, this whole package that is called the Palestinian state, with all that it entails, has been removed from our agenda indefinitely.« (Ari Shavit im Gespräch mit Dov Weissglass, *The Big Freeze*, in: Haaretz Internet Edition, 8.10.2004.)

Konfliktentschärfung oder erneute Eskalation?

Die Räumung von Siedlungen und Militäranlagen trägt insofern zur Entschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts bei, als dadurch zumindest innerhalb des Gaza-Streifens die Reibungspunkte zwischen Israelis und Palästinensern wegfallen: Der Streifen wird künftig ein zusammenhängendes Gebiet unter (weitgehender, wenn auch nicht souveräner) palästinensischer Kontrolle sein, das nicht länger durch Siedlungsblöcke, Militärbasen und israelische Verbindungsstraßen in drei Teile zerschnitten ist. Der aktuelle Abzug ist somit ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem 1994 und 1995 erfolgten Abzug des israelischen Militärs aus den palästinensischen Bevölkerungszentren, den sogenannten A-Gebieten, der im Gaza-Streifen – ein Gebiet nur unbedeutend größer als der Stadtstaat Bremen – eben keinen territorialen Zusammenhang schuf.

In der West Bank wird der Abzug indes kaum konfliktentschärfende Wirkung haben. Die Räumung einiger Siedlungen hinterläßt dort nämlich kein zusammenhängendes Gebiet unter palästinensischer Kontrolle: *Erstens* werden fünf weitere kleine Siedlungen in der nördlichen West Bank¹⁰ nicht geräumt und verbleiben die geräumten Gebiete als C-Gebiete unter israelischer Sicherheitskontrolle; *zweitens* wirkt der Bau der Sperranlagen in der West Bank, insbesondere in und um Ost-Jerusalem sowie in den an Israel angrenzenden Regionen, stark konfliktverschärfend.¹¹

¹⁰ Die Bezeichnung »nördliche West Bank« ist insofern mißverständlich, als sie sich lediglich auf jenes kleinflächige Gebiet bezieht, das nördlich von Nablus, östlich der Sperranlagen und westlich des Jordangrabens liegt – also keineswegs auf die gesamte West Bank nördlich Jerusalems. In diesem begrenzten Gebiet liegen die Siedlungen Shave Shomron, Enav, Avne Hefetz, Mevo Dotan, Khermesh, deren Räumung nicht vorgesehen ist. Außerhalb dieses begrenzten Gebietes kann von territorialer Kontinuität ohnehin keine Rede sein: In der West Bank (ohne Ost-Jerusalem) werden auch nach dem Abzug über 200 000 Siedler in rund 130 Siedlungen verbleiben. Die internen Abriegelungen stehen mit dieser Siedlerpräsenz in direktem Zusammenhang. Vgl. im Anhang die Tabellen A1 (S. 27) und die Karte A3 (S. 29).

¹¹ Vgl. Shlomo Brom, *The Disengagement Plan. Political and Security Ramifications*, in: *Strategic Assessment* (Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University), 7 (August 2004) 2, unter: <www.tau.ac.il/jcss/sa/volume7_2.html>.

Der Bau der Sperranlagen, wenngleich als temporär deklariert, hat nicht zu unterschätzende negative Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung: Mit ihren tiefen Einschnitten in die West Bank zerstückeln die Anlagen die palästinensischen Gebiete auf dramatische Weise.¹² Der ansässigen palästinensischen Bevölkerung ist der Zugang zu Agrarflächen und der Zugriff auf Wasserressourcen versperrt oder zumindest erheblich erschwert worden (bzw. werden sie es in naher Zukunft sein); ganze Städte und Dörfer werden durch diesen Bau von ihrer Umgebung abgeschnitten.¹³ Die Sperranlagen haben somit zu einer weiteren Fragmentierung der palästinensischen Wirtschaft und der sozialen und politischen Strukturen geführt; eine immer deutlicher sichtbare Folge ist eine »Einkesselungsmentalität« oder auch »Gefängnis-kultur«.¹⁴ Sind Sperranlagen und Siedlungsring um Ost-Jerusalem erst einmal geschlossen, wird sich dies gravierend auf das Leben in der West Bank auswirken: Das soziale, kulturell-religiöse und (bedingt) ökonomische Zentrum der Palästinenser wird dann vollständig von seiner Umgebung isoliert, der Verkehrsknotenpunkt zwischen nördlicher und südlicher West Bank durchtrennt sein.¹⁵

¹² Vgl. im Anhang die Karte A4 (S. 30).

¹³ Die letzte Änderung des Verlaufs der Sperranlagen hatte die israelische Regierung im Februar 2005 beschlossen. Danach werden sich rund 10% des Gebietes der West Bank zwischen den Sperranlagen und der »Grünen Linie« befinden. Auf diesem Gebiet leben knapp 50 000 Palästinenser. Zusätzlich sind rund 500 000 Palästinenser direkt von der Barriere betroffen: Sie wohnen in der unmittelbaren Nachbarschaft und sind auf den Zugang zum Gebiet westlich der Barriere angewiesen, wollen sie zu ihren Arbeitsplätzen bzw. ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen gelangen oder Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Vgl. *United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)/United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), The Humanitarian Impact of the West Bank Barrier on Palestinian Communities*, Jerusalem, 5.3.2005 (Update No. 5), S. 3, unter: <www.humanitarianinfo.org/opt/docs/UN/OCHA/OCHABarRprt05_Full.pdf>.

¹⁴ Mahdi Abdu Hadi, zitiert nach Rami G. Khouri, *Palestinians Consumed by 'Culture of the Prison'*, in: *The Daily Star*, Internet Edition, 6.6.2005.

¹⁵ Zudem werden sich nach Fertigstellung der Mauer im Großraum Jerusalem rund ein Viertel (rund 57 000) der Ost-

Zwar ist es durch den Bau der Sperranlagen – wohl-gemerkt in Kombination mit anderen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung (präemptive Maßnahmen und Waffenruhen) – gelungen, die Zahl der bewaffneten Angriffe in Israel deutlich zu senken. Gleichzeitig ist durch den Bau der Anlagen aber erhebliches Konfliktpotential entstanden, das negativ auf die Entwicklung im Gaza-Streifen rückwirken wird.

Eine neue Dynamik in Nahost?

Dennoch birgt der israelische Teilabzug die Chance, neue, positive Dynamik in die verfahrenere Situation zu bringen, in der sich der Nahe Osten nach fast fünf Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen befindet.¹⁶ Diese Einschätzung gründet auf drei Momenten: *Erstens* werden zum ersten Mal Siedlungen auf dem Gebiet von »Erez Israel« geräumt – ein historischer Tabubruch; bei erfolgreichem Abzug wird es für die nachfolgenden Regierungen erheblich leichter sein, weitere Räumungen politisch durchzusetzen. *Zweitens* könnte ein von der israelischen Bevölkerung als Erfolg gewerteter Abzug in Israel eine grundsätzliche Diskussion über die Siedlungspolitik anstoßen und damit auch den gesellschaftlichen Druck auf die Regierung erhöhen, weitere Abzüge folgen zu lassen. Laut aktuellen Umfragen unterstützt die israelische Bevölkerung nicht nur mehrheitlich diesen Abzug, sie erwartet und befürwortet auch, daß ihm weitere Teilabzüge folgen.¹⁷ *Drittens* besteht die Hoffnung, daß im Zuge

Jerusalem Palästinenser (mit israelischer ID) auf der West-Bank-Seite der Sperranlagen wiederfinden. Vgl. OCHA/UNRWA, The Humanitarian Impact [wie Fn. 13], S. 23.

16 Diese Feststellung gilt auch dann, wenn eine solche Entwicklung von der israelischen Führung nicht beabsichtigt ist. So entsprang die Ankündigung der unilateralen Abkoppelung sowohl taktischen Motiven – um innen- und außenpolitischen Druck auf eine Friedensinitiative zu kanalisieren, der Genfer Initiative etwas entgegenzusetzen und Korruptionsvorwürfen zuvorzukommen – als auch strategischen Überlegungen: die Kontrolle über Jerusalem und die West Bank zu sichern und sich des bevölkerungsreichen, aber ideologisch und in seiner Ressourcenausstattung uninteressanten Gaza-Streifens zu entledigen. Vgl. auch Shai Feldmann, A National Moment of Truth?, in: Strategic Assessment (Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University), 6 (Februar 2004) 4, unter: <www.tau.ac.il/jcss/sa/volume6_4.html>.

17 Zwar ist die Zustimmungsrate leicht gefallen, doch Ende Juni 2005 unterstützten immer noch 54% der jüdischen Israelis und 76% der arabischen Israelis den Abzug; *Tami Steinmetz Center* (Tel Aviv University), Peace Index, Tel Aviv, Juni 2005. Nach einer Umfrage vom März 2005 sehen zwei

eines erfolgreichen Abzugs auch die Vertrauensbasis wiederhergestellt werden kann, die zu Anfang des Oslo-Prozesses zwischen den Konfliktparteien etabliert wurde. Damit wäre auch der Wiedereinstieg in einen Friedensprozeß möglich, in dem die Fragen eines endgültigen Status auf dem Verhandlungsweg geklärt werden könnten.

Die Chancen für eine Rückkehr zu Verhandlungen haben sich seit dem Tod des »Nicht-Partners« Jasir Arafat im November 2004 und der Wahl von Mahmud Abbas zum palästinensischen Präsidenten im Januar 2005 deutlich erhöht. Denn Abbas stellt sich eindeutig gegen die bewaffnete Intifada und setzt sich für eine Verhandlungslösung ein. Dennoch ist nicht ohne weiteres von einer solchen Entwicklung auszugehen. So hat die Sharon-Regierung bislang kein Interesse an einem bilateralen Prozeß erkennen lassen und vielmehr betont, daß eine Rückkehr zur Roadmap und damit ein Einstieg in substantielle Verhandlungen auch nach dem Abzug in erster Linie davon abhängen wird, ob die PA effektiv gegen Terrorismus vorgeht. Einer Nachfolgeregierung aber fiel es zweifellos leichter, wieder in Verhandlungen einzutreten, wenn der jetzige Abzug von beiden Konfliktparteien als Erfolg gesehen wird.

Bedingung: ein erfolgreicher Teilabzug

Wie aber würde ein erfolgreicher Abzug aussehen und wie wahrscheinlich ist er? Zu einem erfolgreichen Abzug gehört zunächst, daß die Räumungen geordnet und unblutig verlaufen. Dies ist nach wie vor keineswegs garantiert. Schließlich gibt es auf beiden Seiten Kräfte, die kein Interesse an einem störungsfreien Abzug haben: auf der einen Seite die militanten Siedler, die es darauf anlegen, diesen oder künftige Abzüge zu verhindern; und auf der anderen Seite militante Palästinenser, denen daran liegt, den israelischen Rückzug als Erfolg des palästinensischen Kampfes bzw. als Konsequenz des »Widerstands« ihrer jeweiligen Gruppierung (Hamas, Islamischer Dji had, Al-Aqsa-Brigaden) erscheinen zu lassen. All diese Kräfte haben den Abzug schon im Vorfeld mit massiven Störmanövern begleitet.

Drittel der jüdischen Israelis den Abzug als den ersten Schritt zu einem umfassenderen Abzug aus der West Bank; *dass.*, Peace Index, Tel Aviv, März 2005; beide unter: <<http://spirit.tau.ac.il/socant/peace/>>.

Angeführt von den radikalen, national-religiösen Siedlern agitieren die Siedler und das rechts-extreme Spektrum Israels lautstark, indem sie demonstrieren und Sabotageakte vorbereiten. Auch wenn sie über erhebliches Störpotential verfügen, werden sie die Räumung aber letztlich nicht verhindern können. In diesem Bewußtsein befaßt sich der Großteil der Siedler denn auch mittlerweile mit konkreten Umzugsplänen – zumindest als letzte Option – und meldet Ansprüche auf großzügige Entschädigungen durch die israelische Regierung an. Und diejenigen Siedler, die bereit sind, mit Waffengewalt Widerstand gegen ihre Umsiedlung zu leisten, können zwar Zehntausende für Protestaktionen mobilisieren, aber keine Eskalation der inner-israelischen Auseinandersetzungen in einen Bürgerkrieg provozieren, wie manche Beobachter befürchten. Die Straßenblockaden der Siedler, die Errichtung neuer Außenposten im Gaza-Streifen und die tätlichen Angriffe auf palästinensische Zivilisten im Frühsommer 2005 haben in der israelischen Bevölkerung die ohnehin nicht allzu großen Sympathien für die Siedler weiter geschmälert.

Dabei ist davon auszugehen, daß militante Siedler versuchen werden, gewalttätige Auseinandersetzungen mit der palästinensischen Bevölkerung zu provozieren oder Heilige Stätten anzugreifen.¹⁸ Dies könnte der Tropfen sein, der das sprichwörtliche Faß zum Überlaufen bringt. Denn es besteht die konkrete Gefahr, daß die ohnehin fragile Waffenruhe endgültig aufgekündigt wird, die in Sharm al-Sheikh im Februar 2005 beschlossen und von den palästinensischen Gruppierungen im März 2005 in Kairo unterstützt wurde. Die palästinensischen Gruppierungen haben nach einer weitgehend eingehaltenen Ruhephase bereits im Frühsommer 2005 wieder damit begonnen, bewaffnete Anschläge auch in Israel zu verüben und Mörsergranaten und Raketen vom Gaza-Streifen aus abzufeuern. Die israelische Armee reagierte mit gezielten Tötungen, Militäroperationen in den palästinensischen Städten und umfassenden Verhaftungswellen. Provokationen der Siedler, der Versuch militanter Palästinenser, den Abzug von Siedlern und Militär als Flucht hinzustellen, sowie eine etwaige weiträumige Truppenstationierung im Vorfeld des Abzugs werden

nicht nur kurzfristig zu blutigen Auseinandersetzungen führen. Sie bergen auch die Gefahr anhaltender Gewalt.

¹⁸ Die Zahl der gewaltbereiten Siedler wird auf rund 9000 geschätzt. Vgl. im Detail *International Crisis Group (ICG)*, Disengagement and Its Discontents. What Will the Israeli Settlers Do?, Amman/Brüssel, 7.7.2005 (Middle East Report: 43), unter: <www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east__north_africa/arab_israeli_conflict/43_disengagement_and_its_discontents.pdf>, S. 6.

Nach dem Abzug: schwierige Ausgangsbedingungen

Selbst wenn der Räumungsprozeß weitgehend friedlich verlaufen sollte oder die Gewalt relativ schnell wieder eingehegt werden kann, wird für die Bewertung des Erfolgs entscheidend sein, ob sich die mit dem Abzug verknüpften Erwartungen beider Seiten erfüllen. Diese Erwartungen sind durchaus unterschiedlich: Die israelische Seite strebt eine dauerhafte Verbesserung der Sicherheitssituation an, insbesondere die Beendigung palästinensischer Selbstmordanschläge und des Beschusses durch Qassam-Raketen und Mörsergranaten. In ihrem Interesse liegt auch, daß die Strukturen der militanten palästinensischen Organisationen zerschlagen werden. Auch für die palästinensische Seite ist die Verbesserung der Sicherheit ihrer Bürger sehr wichtig. Sicherheit umfaßt hier sowohl ein Ende der militärischen Maßnahmen Israels (wie gezielte Tötungen, Militäroperationen, Ausgangssperren, Abriegelungen, Verhaftungswellen und Hauszerstörungen) als auch ein Ende der anarchischen Zustände und der Bedrohung durch kriminelle Banden und Milizen. Mindestens ebenso dringlich geht es den Palästinensern aber auch um eine rasche und nachhaltige Verbesserung ihres Lebensstandards sowie um eine politische Perspektive, die konkrete nächste Schritte auf dem Weg zum Ende der Besatzung und zur staatlichen Unabhängigkeit vorsieht.

Es ist unwahrscheinlich, daß sich die Erwartungen beider Seiten erfüllen. Denn die Ausgangsbedingungen in den palästinensischen Gebieten sind äußerst ungünstig: die palästinensische Wirtschaft ist geschwächt und abhängig, die Regierungspartei Fatah fragmentiert und die öffentliche Ordnung weitgehend zusammengebrochen. Drei weitere Gründe kommen hinzu: *Erstens* schafft der Abkoppelungsprozeß nicht die Voraussetzungen für eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen in den palästinensischen Gebieten. *Zweitens* ist als Folge der inner-palästinensischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Abzugs eine weitere Fragmentierung der palästinensischen Institutionen zu erwarten, mithin wird auch keine Stabilisierung der Sicherheitslage eintreten. *Drittens* eröffnet der Abkoppelungsplan den Palästinensern keinen politischen Horizont. Weder trifft er Vorkehrungen für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung der geräumten Gebiete, noch hält er eine poli-

tische Perspektive für den Tag nach dem Abzug bereit. Und solange das so ist, wird in der palästinensischen Bevölkerung die Wahrnehmung vorherrschen, daß der Abzug aus dem Gaza-Streifen und den isolierten Siedlungen in der nördlichen West Bank das »Gefängnis« wohl etwas geräumiger macht, daß er aber in erster Linie der Konsolidierung der israelischen Kontrolle über den Großteil der West Bank und Jerusalems dient.¹⁹

Geschwächte Wirtschaft

Visionen, die den Gaza-Streifen als einen großen *Club Méditerranée* imaginieren, oder Voraussagen eines ökonomischen Booms wie in Singapur²⁰ müssen für die nahe bis mittlere Zukunft als völlig unrealistisch gelten. Zum einen wird es im Gaza-Streifen, der mit rund 4300 Einwohnern pro qkm stark überbevölkert ist, auch nach dem israelischen Abzug an Freiflächen für touristische Infrastruktur fehlen.²¹ Zum andern hat die palästinensische Volkswirtschaft, die bislang vollständig von Israel abhängig und auf Israel aus-

¹⁹ Vgl. beispielhaft Yezid Sayigh, A Sisyphean Task. Putting the Israeli-Palestinian Peace Process Back on Track, in: The International Spectator, 39 (Oktober–Dezember 2004) 4, S. 25–42.

²⁰ »Convert Settlement into a Club Med«. Peres Presents Creative Proposal during Meeting with French President Chirac, in: ynetnews, 18.4.2005, unter: <www.ynetnews.com>; Die Palästinenser sind gut vorbereitet, in: Frankfurter Rundschau, 8.3.2005, S. 7.

²¹ Der Gaza-Streifen zählt schon heute zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt, und das Bevölkerungswachstum in den palästinensischen Gebieten ist mit rund 3,6 Prozent nach wie vor sehr hoch, eine demographische Transition hat noch nicht eingesetzt.

Nach dem Abzug wird es notwendig sein, permanente Unterkünfte für die im Gaza-Streifen lebenden Flüchtlinge (rund zwei Drittel der Bevölkerung) und für diejenigen Palästinenser zu finden, die infolge von Hauszerstörungen während der zweiten Intifada obdachlos geworden sind. Allein im Gaza-Streifen haben zwischen September 2000 und Dezember 2004 rund 28 000 Palästinenser infolge von Hauszerstörungen ihre Unterkunft verloren. Vgl. UNRWA, New Shelter for Rafah Homeless, Press Release, 4.7.2005, unter: <www.un.org/unrwa/news/releases/pr-2005/gaza05-05.pdf>.

gerichtet ist,²² in den letzten fünf Jahren eine extreme Rezession durchlaufen. So ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den palästinensischen Gebieten seit 1999 um 38 Prozent zurückgegangen. Mittlerweile lebt nahezu die Hälfte der Palästinenser unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosenrate beträgt 27 Prozent.²³

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß der israelische Abkoppelungsplan nicht die Bedingungen für eine schnelle Verbesserung der Lebensumstände und eine nachhaltige Entwicklung in den palästinensischen Gebieten schafft. Zwar profitiert die PA von der Übernahme von Siedlungsinfrastruktur und landwirtschaftlichen und industriellen Anlagen im Siedlungsblock Gush Katif,²⁴ und es ist auch zu erwarten, daß sich der ökonomische Austausch durch territoriale Geschlossenheit im Gaza-Streifen und in der nördlichen West Bank etwas intensiviert. Die palästinensische Volkswirtschaft wird aber fragmentiert und vom Weltmarkt abgeschnitten bleiben, solange die internen Abriegelungen in der West Bank bestehen,²⁵ solange keine permanente und zuverlässige Verbindung zwischen Gaza-Streifen und West Bank hergestellt ist und solange palästinensische Waren durch israelische Kontrollen am Zugang zum Weltmarkt gehindert bzw. stark verteuert werden.

Die israelische Regierung strebt zudem eine weitgehende wirtschaftliche Abkoppelung von den palä-

22 Rund 90 Prozent des Handels der palästinensischen Gebiete werden mit Israel getätigt, der größte Teil des Rests via Israel, rund ein Viertel der palästinensischen Arbeitskräfte waren vor der Intifada in Israel und den israelischen Siedlungen beschäftigt.

23 Dabei beträgt der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, im Gaza-Streifen 65 Prozent, in der West Bank 38 Prozent; die Arbeitslosigkeit liegt im Gaza-Streifen bei 35 Prozent, in der West Bank bei 23 Prozent. Vgl. die Zusammenstellung makroökonomischer Indikatoren im Anhang A5 (S. 31).

24 Daten über die Vermögenswerte der Siedlungen sind bislang kaum vorhanden. Zudem hat Israel noch nicht festgelegt, welche Einrichtungen tatsächlich an die PA übergeben werden; eine gründliche Vorbereitung auf die Übernahme, das Management und die Weitergabe der Siedlungseinrichtungen war folglich nicht möglich. Die vier Siedlungen in der West Bank sind im wesentlichen Schlafstätten ohne nennenswerten produktiven Output.

25 Im Frühjahr 2005 gab es rund 600 Checkpoints und unbemannte Barrieren (Erdbügel, Gräben etc.) in der West Bank; OCHA, West Bank Closure and Access, April 2005, unter: <www.humanitarianinfo.org/opt/docs/UN/OCHA/ochaClosureRpt260405Mps.pdf>.

stinensischen Gebieten an. So hat sie angekündigt, die für Israel geltenden Arbeitsgenehmigungen palästinensischer Kräfte bis 2008 auf Null zu senken und gegebenenfalls auch die Zollunion mit dem Gaza-Streifen aufzukündigen.²⁶ Es ist zwar durchaus sinnvoll, die palästinensische Abhängigkeit vom israelischen Arbeitsmarkt abzubauen und den Export von Waren und Dienstleistungen nach Israel und in andere Länder auszubauen. Das gilt aber nur dann, wenn eine ungestörte Verbindung zur Außenwelt besteht. Solange Israel diesen Zugang kontrolliert, sind die Palästinenser auf eine enge Kooperation mit Israel angewiesen.

Nach dem israelischen Abzug werden hochdotierte internationale Hilfsleistungen notwendig sein, um im Gaza-Streifen die Infrastruktur wiederherzustellen, den Siedlungsschutt zu beseitigen und durch Wohnungsbau Arbeitsplätze zu schaffen. Mittelfristig ist darüber hinaus von großer Bedeutung, daß der Zugang der Palästinenser zum israelischen Arbeitsmarkt gesichert bleibt und daß Industrieparks erhalten bzw. neu aufgebaut werden. Eine *nachhaltige* Entwicklung wird allerdings nur dann in Gang kommen, wenn die Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang der palästinensischen Gebiete beseitigt werden. Nach Auffassung der Weltbank ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit palästinensischer Personen und Waren seit Beginn der Intifada *der* entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen Abstieg.²⁷ Die Weltbank weist deshalb darauf hin, daß selbst bei höheren Geberleistungen in den nächsten Jahren eine weitere schwere Degradierung der palästinensischen Wirtschaft zu erwarten ist, falls die Bedingungen für freien Waren- und Personenverkehr nicht erheblich verbessert werden.²⁸ Deutlich verbessert werden müßten

26 Israel hat eine Aufkündigung der Zollunion für den Fall eines Abzugs von der Philadelphi-Linie und eines Verzichts auf Grenzkontrollen zwischen Gaza-Streifen und Ägypten angekündigt. Die Aufkündigung würde einen empfindlichen Einkommensverlust für die PA und den Verlust des präferenziellen Zugangs nach Israel bedeuten. Außerdem würden zwei unterschiedliche Zollregime in Gaza-Streifen und West Bank eine weitere Fragmentierung des palästinensischen Wirtschaftsraums bewirken und die Wirtschaftsentwicklung entsprechend dämpfen.

27 *The World Bank*, Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements, Washington, DC, Juni 2004, unter: <[http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/\\$File/Disengagement+Paper.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/$File/Disengagement+Paper.pdf)>.

28 Die Weltbank prognostiziert in diesem Fall für das Jahr 2008 eine Arbeitslosigkeit von 37% (im Gaza-Streifen von 49%) und eine Armutsrate von 62% (im Gaza-Streifen von 76%). Vgl. die makroökonomischen Daten bei verschiedenen Szenarien:

auch die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen in den palästinensischen Gebieten.

Fatah versus Hamas

Schon während des Oslo-Prozesses, verstärkt im Zuge der zweiten Intifada und noch einmal intensiviert durch den Tod des Fatah-Führers Arafat hat nicht nur die PA, sondern auch die Regierungspartei Fatah in der palästinensischen Bevölkerung an Rückhalt verloren. Gleichzeitig und im Zusammenhang damit sind innerhalb der Fatah-Bewegung Macht- und Richtungskämpfe entbrannt.²⁹ Zudem haben sich aus dem bewaffneten Arm der Bewegung, aus der Jugendorganisation *Shabibeh* und dem Sicherheitsapparat (insbesondere der *Preventive Security*) verschiedene Milizen und die Splittergruppen der *Al-Aqsa-Brigaden* gebildet, die sich den Entscheidungen der Parteiführung nicht oder zumindest nicht immer verpflichtet fühlen. Die Fatah-Führung unter Mahmud Abbas hat zwar erkannt, daß sie sich parteiinternen Reformen nicht gänzlich verschließen kann, wenn sie ein Auseinanderbrechen der Partei und ein weiteres Abrutschen in den Meinungsumfragen verhindern will. Ihr Bestreben ist jedoch, grundlegende Umstrukturierungen auf die lange Bank zu schieben.³⁰

Unter zusätzlichen Druck geraten ist die Fatah vor allem durch das Erstarken ihres Hauptkonkurrenten,

The World Bank, Stagnation or Revival? Israeli Disengagement and Palestinian Economic Prospects, Washington, DC, Dezember 2004, unter: <<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/WBG-Overview-e.pdf>>, S. 33f. Es liegt auf der Hand, daß eine solche sozioökonomische Entwicklung die politische Stabilität nicht fördern würde.

²⁹ Vereinfachend können diese Macht- und Richtungskämpfe als Auseinandersetzungen zwischen der jungen und der alten Garde der Partei charakterisiert werden. Die junge Garde verfolgt vor allem zwei Ziele: zum einen die Ablösung der alten, Mitte der neunziger Jahre aus dem Exil zurückgekehrten Führung, der sogenannten »Tunis-Clique«, und zum anderen eine Reform der Strukturen, die mehr Transparenz und innerparteiliche Demokratie herbeiführen und die Bewegung zu einer modernen, konkurrenzfähigen Partei machen soll.

³⁰ So hat sie bei der Sitzung des Fatah-Zentralkomitees in Amman Ende Juni/Anfang Juli 2005 die Notwendigkeit struktureller Reformen betont, aber kaum konkrete Schritte in diese Richtung eingeleitet. Insbesondere wurde der Fatah-Konvent erneut verschoben, Fatah-interne Wahlen sollen erst nach den Parlamentswahlen stattfinden. Palestinian Deputy Premier Discusses Central Committee Meeting, in: Palestinian Satellite Channel TV, Gaza (in arabisch), 2.7.2005, zitiert nach BBC Monitoring, 5.7.2005.

der Hamas, die immer nachdrücklicher bemüht ist, ihre Popularität in politische Macht umzuwandeln.³¹ Die deutlichen Popularitätsgewinne verdankt die Hamas ihrem bewaffneten Kampf, der in der palästinensischen Bevölkerung als erfolgreich wahrgenommen wird. Sie beruhen aber auch darauf, daß sie im Vergleich zur Fatah als weniger korrupt gilt und ein Netz sozialer Dienstleistungen anbietet. Zugleich wurde ihre Schlagkraft durch die Liquidierung der Hamas-Spitze und die weitgehende Zerschlagung ihrer Kapazitäten als Resultat israelischer Militäreinsätze in den Jahren 2003/2004 insbesondere in der West Bank erheblich geschwächt. Hamas hat aus dieser Entwicklung die Konsequenz gezogen und beschlossen, sich als politischer Akteur zu betätigen. So hat sie nicht nur an den Kommunalwahlen teilgenommen. Sie will sich auch an den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat (*Palestinian Legislative Council*, PLC) beteiligen und über eine Mitgliedschaft in der PLO verhandeln. Die Hamas hat zudem einer Waffenruhe zugestimmt, die sie über Monate weitgehend eingehalten hat.

Die Bereitschaft, im politischen System mitzuarbeiten, hat sich für Hamas insbesondere bei den zurückliegenden Kommunalwahlen ausgezahlt, bei denen die Hamas-Listen in den Stadträten über 30 Prozent aller Sitze erobern konnten und in gut einem Drittel der Kommunen die Mehrheit erlangten.³² In der noch ausstehenden letzten Runde der Lokalwahlen wird sie ihre bisherigen Gewinne höchstwahrscheinlich noch übertreffen können, da in den großen, konservativ geprägten Städten der West Bank (Nablus, Hebron, Jenin) und in Gaza Stadt gewählt werden muß, wo die Hamas traditionell große Unterstützung genießt. Entsprechend der Stimmung in der palästinensischen Bevölkerung propagierte Hamas im Wahlkampf weder die Fortführung der bewaffneten Intifada noch eine islamische Gesellschaftsordnung. Statt dessen stellte sie die Notwendigkeit einer guten Regierungsführung in den Vordergrund. Auch ihre neuen Bürgermeister und Stadträte haben schnell die Erfahrung gemacht, daß sie weder mit Befreiungs- noch mit islamischer Ideologie die Probleme des Alltags lösen können. Notgedrungen müssen sie sich

³¹ Vgl. auch Alastair Crooke, In Search of Respect at the Table. Hamas Ceasefires 2001–03, in: Accord, (2005) 16, unter: <www.c-r.org/accord/engage/accord16/18.shtml>.

³² Vgl. die Angaben für die Lokalwahlen im Dezember 2004, Januar 2005 und Mai 2005 bei *United Nations Development Programme, Programme on Governance in the Arab Region, Elections*, unter: <www.pogar.org/countries/elections.asp?cid=14>.

intensiv mit Verwaltungsangelegenheiten auseinandersetzen und mit der israelischen Militäradministration und den israelischen Behörden kooperieren, um lokale Belange durchzusetzen.³³

Ein Wahlsieg der Hamas und die Bildung einer von Hamas geführten Regierung ist eher unwahrscheinlich, auch wenn diese Möglichkeit von israelischen und internationalen Medien immer wieder als Schreckensszenario beschworen wird.³⁴ Hamas hat bisher eine Beteiligung an einer Regierung der nationalen Einheit abgelehnt,³⁵ und es bleibt auch fraglich, ob sie überhaupt auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung übernehmen möchte. Die Anzeichen deuten eher darauf hin, daß Hamas im Parlament stark vertreten sein möchte, um dort ihren Einfluß insbesondere als Vetomacht geltend machen zu können. Selbst dieses Ziel wird für sie nicht leicht zu erreichen sein, da sie infolge der israelischen Liquidationspolitik auf nationaler Ebene nur auf wenig populäre und charismatische Führungspersonen zurückgreifen kann. Zudem prognostizieren die Umfragen für die – ursprünglich für Mitte Juli 2005 vorgesehenen, nun auf unbestimmte Zeit verschobenen – Parlamentswahlen nach wie vor einen Sieg von Fatah, aber keine absolute Mehrheit, sondern eine starke Opposition aus Hamas, linken Parteien und unabhängigen Kandidaten.³⁶ Eine

33 Kurzfristig ist nicht zu erwarten, daß Hamas ihre politische Zielsetzung radikal verändert, die in ihrer Charta festgeschrieben ist. Dennoch scheint sich zusehends ein pragmatischer Ansatz durchzusetzen, der von einer moderateren Haltung gegenüber Israel gekennzeichnet ist: Nach einem israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten wird ein langfristiger und umfassender Waffenstillstand mit Israel für möglich gehalten. Auch Verhandlungen mit Israel werden nicht ausgeschlossen, sollte sich Hamas nach Parlamentswahlen an einer Regierung beteiligen. So der politische Führer der Hamas im Gaza-Streifen, Mahmud *al-Zahar*, im April 2005, zitiert nach Graham *Usher*, *The New Hamas*, in: *Middle East International*, 24.6.2005, S. 26–29 (26). Zur Neuausrichtung der Hamas vgl. auch Beverly *Milton-Edwards*/*Alastair Crooke*, *Elusive Ingredient. Hamas and the Peace Process*, in: *Journal of Palestine Studies*, 33 (Sommer 2004) 4, S. 39–52.

34 Vgl. Julie *Stahl*, *Will Gaza Strip Become 'Hamastan'*, *Israeli Minister Wonders*, *CNSNews.com*, 10.5.2005; Jonathan D. *Halevi*, *Undermining Mahmud Abbas. The 'Green Revolution' and the Hamas Strategy to Take Over the Palestinian Authority*, in: *Jerusalem Issue Brief*, 4 (14.4.2005) 21; Aluf *Bem*, *The Rise of Hamas-tan*, in: *Haaretz Internet Edition*, 13.5.2005.

35 Mahmud Abbas bot Hamas an, sie an einer solchen Regierung der nationalen Einheit zu beteiligen, als er die Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit verschob.

36 Nach einer Umfrage des *Palestinian Center for Policy and Survey Research* würden Parlamentswahlen folgendermaßen

radikale Wende palästinensischer Politik infolge der Parlamentswahlen ist also nicht zu erwarten: zu groß ist die Sehnsucht der palästinensischen Bevölkerung nach einem Ende des Konflikts, zu stark der öffentliche Druck in Richtung einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Eine starke Opposition wird die Regierungsführung aber effektiver kontrollieren und darauf achten können, daß eine künftige Konfliktregelung von einem nationalen Konsens getragen wird.

Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung

Die zweite Intifada und die israelischen Gegenmaßnahmen – Militärschläge (vor allem im Rahmen der Operation »Defensive Shield« im Frühjahr 2002), die die Zerstörung von Infrastruktur und palästinensischen Institutionen bewirkten – haben die Regierungskapazität der PA drastisch geschwächt. Die Schwächung ist allerdings auch die Folge einer starken Verzerrung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur der PA: Auf der einen Seite sind die Einnahmen seit einigen Jahren nahezu vollständig ausgefallen, was auf das zeitweilige Aussetzen der israelischen Transferleistungen und das Schwinden der Steuerbasis im Zusammenhang mit der Rezession zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben für humanitäre Zwecke und einen aufgeblähten öffentlichen Sektor im Zuge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen steil angestiegen. Die PA ist zwar nach wie vor in der Lage, die wichtigsten Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentliche Verwaltung und Müllbeseitigung zu erbringen; dies gelingt ihr aber nur dank einer fast vollständigen Geberfinanzierung.³⁷ Sowohl der PA-Apparat als auch große Teile der Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten sind heute wieder direkt abhängig von internationalen Hilfen, wie Budgethilfe und humanitärer Unterstützung, nachdem es der PA Ende der neunziger Jahre immerhin gelungen war, den Anteil eigener Einnahmen am Haushalt suk-

ausgehen: 44% für Fatah, 30% für Hamas, 3% für den Islamischen Dschihad, 3% für die säkulare Linke und 8% für unabhängige Listen. 12% der Wähler sind unentschieden. Die Hamas hat dabei von 18% (Dezember 2004) auf 25% (März 2005) und zuletzt 30% (Juni 2005) zugelegt. Vgl. *Palestinian Center for Policy and Survey Research*, *Palestinian Public Opinion Poll*, Poll No. 16, 22.6.2005, unter: <www.pcpsr.org/survey/polls>.

37 *The World Bank*, *Disengagement* [wie Fn. 27], S. 2.

zessive auszudehnen und so den größten Teil der Ausgaben aus eigener Kraft zu decken. Die Dienstleistungen insbesondere im Bereich Gesundheit und Bildung werden zudem zu einem guten Teil von internationalen Organisationen (hier vor allem durch das Flüchtlingshilfswerk UNRWA) sowie von Nichtregierungsorganisationen und islamischen Wohlfahrts-einrichtungen erbracht, die von vielen Palästinensern als flexibler und zuverlässiger geschätzt werden.

Das Hauptproblem der PA ist heute die prekäre Sicherheitslage in den palästinensischen Gebieten. Ursächlich dafür sind eine Reihe sich gegenseitig verstärkender Faktoren: eine Schwächung und Fragmentierung der Sicherheitsorgane infolge israelischer Militäroperationen;³⁸ ein Legitimitätsverlust der palästinensischen Führung;³⁹ die Herausbildung weitgehend voneinander isolierter geographischer Enklaven mit unabhängigen Führungsstrukturen im Zuge der israelischen Abriegelungen; und die Militarisierung und Brutalisierung der palästinensischen Gesellschaft als Begleiterscheinung des bewaffneten Aufstandes, die zu einer weitverbreiteten Selbstjustiz und zur Entstehung von Zellen- und Bandenstrukturen geführt

38 Insbesondere in den ersten beiden Jahren der Intifada konzentrierten sich die israelischen Militärschläge auf Einrichtungen der PA und zerstörten bzw. beschädigten Gefängnisse, Polizeistationen, das statistische Amt, Radiosender, einzelne Ministerien etc. Erst später nahmen sie verstärkt die radikalen Gruppierungen ins Visier. Zudem wurden die palästinensischen Sicherheitskräfte nicht mehr als Partner anerkannt, sondern zum Ziel von Angriffen. Bis heute hat Israel nicht zugestimmt, daß die palästinensische Polizei in allen A-Gebieten uniformiert und bewaffnet patrouillieren darf. Die Verlegung von Sicherheitskräften von einem A-Gebiet in ein anderes erfordert in jedem Einzelfall die vorherige israelische Genehmigung.

39 In weiten Kreisen der palästinensischen Bevölkerung wird der PA-Apparat nach wie vor als korrupt und nepotistisch wahrgenommen, als repressiv und ineffizient und als weitgehend erfolglos, was die Durchsetzung der nationalen Interessen angeht. In Umfragen unterstützen 94% der Palästinenser die internen und externen Forderungen nach Reformen. 87% halten die Korruption in der PA für hoch; nur 39% glauben, daß diejenigen, die für Korruption verantwortlich sind, auch zur Rechenschaft gezogen werden; 95% meinen, daß man nur über Beziehungen eine Anstellung im öffentlichen Dienst finden kann; *Palestinian Center for Policy and Survey Research*, Palestinian Public Opinion Poll [wie Fn. 36]. In einer anderen Umfrage zeigten sich über 60% der Befragten unzufrieden mit der Verwaltung öffentlicher Gelder durch die PA und kritisierten die unterschiedlichsten Formen von Korruption; *Jerusalem Media and Communication Center (JMCC)*, Poll Result on Palestinian Attitudes towards the Palestinian Political Issues, Poll No. 54, Mai 2005, unter: <www.jmcc.org/publicpoll/results/2005/no54.pdf>.

haben. So konnten sich seit der *Operation Defensive Shield* im Frühjahr 2002 in einigen Gegenden der West Bank und des Gaza-Streifens, etwa in Jenin, Nablus, Rafah und Khan Younis, zunehmend anarchische Zustände etablieren. Seit dem Tod von Jasir Arafat im November 2004 wurde die zentrale Kontrolle weiter ausgehöhlt. Bewaffnete Angriffe auf Sicherheitskräfte und Vertreter der PA, Geiselnahmen und Schutzgeld-erpressungen, das Erstürmen von Gefängnissen und die Besetzung von PA-Einrichtungen durch Milizen sind längst keine Einzelfälle mehr.⁴⁰

Präsident Mahmud Abbas ist seit seinem Amtsantritt bestrebt, den Sicherheitsapparat durch eine Verschlinkung der Struktur, klare Befehlsketten und die Pensionierung älterer Kader zu reformieren und zu effektivieren. Diese Umstrukturierungen sind allerdings teilweise auf starken Widerstand gestoßen. Immerhin ist es Abbas gelungen, die militanten Kräfte und die Anti-Oslo-Opposition im Rahmen eines nationalen Dialogs auf eine Waffenruhe zu verpflichten. Dafür hat er ihnen weitreichende Zugeständnisse gemacht, die ihre Integration ins politische System der PA sowie in die Gremien der PLO betreffen.⁴¹ Im Vorfeld der geplanten Übergabe von Städten der West Bank an die PA hat Abbas bewaffnete Militante, die auf Israels Fahndungsliste stehen, mit einigem Erfolg vor die Wahl gestellt, ihre Waffen abzugeben oder sich in den Sicherheitsapparat integrieren zu lassen. Mit diesen verschiedenartigen Maßnahmen ist es ihm gelungen, das Ausmaß palästinensischer Gewalt im Frühjahr 2005 zunächst deutlich zu vermindern. Das

40 Terje Roed-Larsen, *The Situation in the Middle East, including the Palestinian Question*. Briefing by the Special Coordinator for the Middle East Peace Process to the UN Security Council, 13.7.2004 (UN Doc S/PV.5002); ICG, *Who Governs the West Bank? Palestinian Administration under Israeli Occupation*, Amman/Brüssel, September 2004 (Middle East Report: 32).

41 In Kairo einigten sich der palästinensische Präsident und die Vertreter von zwölf palästinensischen Gruppierungen unter Betonung des Prinzips der nationalen Einheit unter anderem auf folgende Schritte: Im Gegenzug zu einer Einstellung der israelischen Aggression und zur Freilassung aller Häftlinge soll bis Ende 2005 eine Waffenruhe (*tahdi'a*) gelten; lokale und Parlamentswahlen sollen abgehalten werden, letztere unter Anwendung eines kombinierten Wahlrechts, so daß die Hälfte der Parlamentarier über Parteilisten und die andere Hälfte über Wahlkreise zu bestimmen ist; alle politischen Kräfte und Fraktionen sollen in die PLO aufgenommen und diese auf Basis gemeinsam erarbeiteter Prinzipien revitalisiert werden. Vgl. Concluding Statement of the Cairo Dialogue, in: Al-Hayat al-Jadida, 18.3.2005, zitiert nach <www.bitterlemons.org/docs/cairo.html>.

Dilemma liegt für den palästinensischen Präsidenten jedoch darin, daß er die Waffenruhe als strategisches Vehikel zur Rückkehr an den Verhandlungstisch versteht, während Hamas, Islamischer Djihaad und Teile der Al-Aqsa-Brigaden die Waffenruhe als rein taktisches Moratorium auffassen, das ihnen die Neugruppierung und Wiederbewaffnung ermöglicht und ihnen zugleich eine institutionalisierte Vetomacht verschafft.

Nach wie vor existiert somit in den palästinensischen Gebieten kein legitimes, vom Großteil der Bevölkerung und den bewaffneten Gruppen anerkanntes Gewaltmonopol. Insbesondere finden sich in der militanten Opposition relativ unberechenbare, meist Fatah-nahe Splittergruppen, die erhebliches Chaospotential haben und sich kaum mehr an die Beschlüsse der Fatah-Führung halten. Dagegen scheinen die Kämpfer der Brigaden und Milizen, die der Hamas zugeordnet sind, nicht nur besser bewaffnet und ausgebildet zu sein als der Sicherheitsapparat, sie agieren vor allem auch disziplinierter und sind damit potentiell gefährlicher. Die palästinensische Führung sieht sich außerstande, die militanten Gruppierungen zu entwaffnen oder zu zerschlagen. Zu groß ist die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen dem palästinensischen Sicherheitsapparat und den Milizen, die eine Eskalation in bürgerkriegsähnliche Zustände zur Folge haben könnten. Ob die PA in diesem Kampf den Sieg davontragen würde, ist sehr unsicher.

Längerfristig wird die PA um eine rigidere Durchsetzung des Gewaltmonopols durch Entwaffnung militanter Kräfte nicht herumkommen; momentan fehlen ihr dazu allerdings die notwendigen Kapazitäten und die entsprechende Legitimität. Kurz- und mittelfristig wird sie deshalb nur dann eine einigermaßen stabile Situation schaffen können, wenn sie die bewaffneten Gruppen dazu bewegen kann, die Waffenruhe zu respektieren und einzuhalten. Eine Waffenruhe wird aber nur dann durchzuhalten sein, wenn sie sowohl von der Bevölkerung als auch von den bewaffneten Gruppen unterstützt wird. Und diese breite Unterstützung kann nur erreicht werden, wenn sich die Lebensumstände der Bevölkerung rasch fühlbar verbessern und wenn die Versprechen eingehalten werden, die militanten Gruppierungen ins politische System zu integrieren. Abbas steht mit seiner Politik daher unter erheblichem Druck, konkrete Erfolge vorweisen zu müssen.

Dieser Zusammenhang verdeutlicht einmal mehr die enge Verknüpfung palästinensischer und israelischer

Sicherheit: Nur wenn es Mahmud Abbas gelingt, in den palästinensischen Gebieten ein legitimes Gewaltmonopol zu errichten, das auch von Israel respektiert wird, wird die PA Angriffe auf Israel dauerhaft verhindern oder zumindest auf ein Minimum reduzieren können. Aber es wird nur dann gelingen, in den palästinensischen Gebieten die militanten Gruppierungen zu entwaffnen und das Gewaltmonopol dauerhaft aufrechtzuerhalten, wenn es einen politischen Prozeß mit Israel gibt, der glaubwürdig auf ein Ende der Besatzung abzielt.

Der israelische Abzug birgt vor diesem Hintergrund die Gefahr, daß die inner-palästinensischen Auseinandersetzungen um die Macht weiter eskalieren. Eine wichtige Rolle spielt in diesen Auseinandersetzungen die Kontrolle der hinterlassenen Vermögenswerte. Es stellt sich nicht nur die Frage, ob es der PA gelingt, mit den 5000 Sicherheitskräften, die eigens für den israelischen Abzug im Gaza-Streifen stationiert werden sollen, die Siedlungsinfrastruktur und -immobilien zu sichern, Plünderungen und Besetzungen sowie den Beschuß israelischer Truppen und abziehender Siedler zu verhindern. Es geht vor allem auch darum, die israelischen Hinterlassenschaften transparent zu verwalten, ihre weitere Verwendung überzeugend zu planen und sie für die palästinensische Entwicklung nutzbar zu machen. Ob die PA diese Aufgaben meistern kann, ist angesichts von Sicherheitschaos und Korruption sehr fraglich.

Wie geht es weiter?

Die Erwartungen beider Konfliktparteien an die Phase nach dem Abzug sind unterschiedlich gelagert. Geht der Abzug ohne größere Turbulenzen vonstatten, könnte sich eine Phase relativer Ruhe anschließen, in der sich beide Konfliktparteien um interne Konsolidierung bemühen. Auf dieser Basis könnte dann in der Tat ein langsamer und mühsamer Wiederannäherungsprozeß stattfinden. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die israelische Regierung schon relativ bald in die Krise gerät. Denn das Stillstands-Szenario von Premierminister Sharon dürfte die amtierende Regierungskoalition wohl kaum zusammenhalten können: Je näher der israelische Teilabzug rückt, desto häufiger betont Sharon, daß dieser Abzug ein Einzelfall bleiben und es danach keine weiteren Räumungen von Siedlungen geben wird; ein Wiedereinstieg in den Roadmap-Prozeß werde nur dann stattfinden, wenn die palästinensische Seite Terrorismus, Gewalt und

Aufstachelung zur Gewalt ein für allemal beendet, wenn die bewaffneten palästinensischen Organisationen aufgelöst und ihre Mitglieder entwaffnet sind und wenn alle notwendigen Reformen insbesondere im Sicherheitssektor umgesetzt wurden.⁴² Die Labour-Partei hat signalisiert, daß sie Interesse an einer Rückkehr zu Verhandlungen hat. Daher ist zu erwarten, daß sie der Regierung nach dem Abzug ihren Rückhalt mit der Folge entzieht, daß es dann relativ rasch zu einem Bruch der Regierungskoalition und zu vorgezogenen Neuwahlen kommen dürfte. Das würde allerdings bedeuten, daß weder die mit dem Abzug verbundenen Probleme gelöst werden noch daß man vor den nächsten Wahlen an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

Ein solcher Verlauf wird mit Sicherheit palästinensische Erwartungen enttäuschen. Die wahrscheinlichste Folge wäre ein Wiederaufflammen der Intifada oder eine »dritte Intifada«.⁴³ Israel würde die bereits geräumten Gebiete dann wohl erneut militärisch besetzen. Dies wiederum könnte die inner-palästinensischen Auseinandersetzungen weiter eskalieren lassen und letztlich den vollständigen Zusammenbruch der PA bedingen. Eine dritte Intifada würde insbesondere in der israelischen Bevölkerung den Eindruck vertiefen, daß es keinen palästinensischen Partner für eine friedliche Lösung gibt und die Räumung weiterer Gebiete keinen Gewinn an Sicherheit verspricht. Im Ergebnis wäre ein langfristiger Stillstand im Friedensprozeß und die fortschreitende territoriale und politische Fragmentierung der palästinensischen

Gebiete programmiert – und damit letztlich auch das Aus für eine tragfähige Zweistaatenlösung.

⁴² Vgl. die Rede Sharons vor Polizeioffizieren am 14.7.2005, <www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/PMSpeaks/speech140705.htm>. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Entwaffnung der militanten Gruppen ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Palästinenser ihre Verpflichtungen aus Phase eins der Roadmap umsetzen, solange sich Israel in keiner Weise gebunden fühlt, seinen Verpflichtungen aus dieser Phase nachzukommen: Das wären vor allem der Rückzug des israelischen Militärs auf die Linien vor der Intifada, die Räumung der nach dem Amtsantritt der Sharon-Regierung errichteten Siedlungsaußenposten und ein vollständiger Siedlungsstopp.

⁴³ Von einer dritten Intifada gehen mittlerweile breite Kreise des israelischen Sicherheitsestablishments aus. Vgl. Shlomo Brom, *The Disengagement Plan. The Day After*, in: *Strategic Assessment* (Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University), 8 (Juni 2005) 1, unter: <www.tau.ac.il/jcss/sa/volume8_1.html>; abweichend: Yoram Schweitzer, *Is a Third Intifada Inevitable?*, Tel Aviv: Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University, 11.7.2005 (Tel Aviv Notes No. 139), unter: <www.tau.ac.il/jcss/tanotes/TAUnotes139.doc>.

Empfehlungen

Deutschland und die EU sollten den geplanten israelischen Teilabzug aus dem Gaza-Streifen und der nördlichen West Bank als Chance begreifen, im Nahen Osten eine neue Dynamik in Gang zu setzen, die Bewegung in die verfahrenere Konfliktkonstellation bringen kann. Ziel sollte die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen und eine Konfliktregelung sein, die auf einer Zweistaatenlösung beruht. Aus folgenden Gründen sollte sich die Bundesregierung in diesem Prozeß besonders engagieren:

- Wegen der historischen Verantwortung Deutschlands für Israels Sicherheit, die nur durch eine friedliche Regelung der Konflikte mit den arabischen Nachbarn gewährleistet werden kann, allen voran durch eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes.
- Weil die Räumung von Siedlungen und Militärstützpunkten ein grundsätzlich richtiger Schritt auf dem Weg zur Beendigung des Besatzungsregimes ist.
- Weil es im Eigeninteresse Deutschlands liegt, daß seine Unterstützungsleistungen den Grundstein für eine nachhaltige wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung in den palästinensischen Gebieten legen statt über weitere Jahre in das Krisenmanagement, das Abfedern der humanitären Notlage der palästinensischen Bevölkerung und das schiere Bestehen der PA investiert zu werden.
- Weil die Gefahr groß ist, daß ein Scheitern die Gewalt erneut eskalieren läßt, langfristig sowohl weitere unilaterale Räumungen als auch die Wiederaufnahme von Verhandlungen verhindert und so letztlich eine Zweistaatenlösung vereitelt.

Die EU hat bereits im März 2004 mit der sogenannten Tullamore-Erklärung ihre Unterstützung für den israelischen Teilabzug angekündigt, diese allerdings an fünf Bedingungen geknüpft: Der Teilabzug müsse *erstens* im Kontext der Roadmap stattfinden und *zweitens* ein Schritt in Richtung Zweistaatlichkeit sein; es dürfe *drittens* keine Verlagerung von Siedlungsaktivitäten in die West Bank stattfinden; es müsse *viertens* eine organisierte und verhandelte Übertragung von Verantwortung an die Palästinensische Autorität geben; und Israel müsse *fünftens* die Rehabilitierung und den Wiederaufbau des Gaza-Streifens erleich-

tern.⁴⁴ Anfang November 2004 hat der EU-Ministerrat den Aktionsplan des Hohen Repräsentanten der EU, Javier Solana, angenommen, der praktische Initiativen vorsieht, um die palästinensischen Institutionen, insbesondere den Sicherheitsapparat, kurzfristig zu stärken. Unterstützt werden sollen der Reformprozeß, Wahlen und die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem soll die Roadmap wiederbelebt und mit ihr eine politische Perspektive eröffnet werden.⁴⁵

Auf dem G-8-Gipfel in Gleneagles im Juni 2005 hat die internationale Gemeinschaft alljährlich für die nächsten drei Jahre bis zu drei Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt, um im Zusammenhang mit dem Gaza-Abzug den (Wieder-)Aufbau palästinensischer Infrastruktur und den Friedensprozeß zu unterstützen. Tatsächlich wird ein kräftiger Finanzschub notwendig sein, um schnell eine greifbare Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere im Gaza-Streifen zu erreichen. Finanzielle Hilfen alleine werden indes nicht ausreichen, um den Prozeß zu stabilisieren. Die internationale Gemeinschaft muß – soweit das in ihrer Macht steht – dazu beitragen, Bedingungen zu schaffen, die einen für beide Seiten gewinnbringenden Abzug ermöglichen. Dieses Ziel kann jedoch nur mit einem Engagement gelingen, das wesentlich aktiver ist als bislang geplant.⁴⁶

Für Deutschland und die EU gilt es zunächst, im Rahmen des Nahost-Quartetts auf einen komplementären Ansatz der Partner (USA, EU, UN und Russische Föderation) hinzuwirken, bei dem folgende Aufgaben Priorität erhalten müßten:

- ▶ die Sicherheitslage stabilisieren;
- ▶ den Grundstein für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung legen;
- ▶ eine legitime und effiziente palästinensische Führung aufbauen;

⁴⁴ European Council Conclusions on the Middle East, 25./26.3.2004, in: Euromed Report, (29.3.2004) 74.

⁴⁵ European Council Conclusions on the Middle East, 5.11.2004, in: Euromed Report, (8.11.2004) 83.

⁴⁶ Für einen hilfreichen und gut strukturierten Überblick über diverse Arbeitspapiere, die Empfehlungen für den Gaza-Abzug geben, vgl. *Glencree Centre for Peace and Reconciliation*, *Glencree Survey of Selected Works to Enhance Gaza Disengagement*, 7.7.2005, zu beziehen über: <www.glencree.ie>.

- ▶ den vollständigen Abzug aus dem Gaza-Streifen und der nördlichen West Bank unterstützen;
- ▶ den Wiedereinstieg in den Roadmap-Prozeß aktiv fördern und eine Perspektive für Konfliktregelung eröffnen.

Stabilisierung der Sicherheitslage

Mahmud Abbas hat Reformen im Sicherheitssektor eingeleitet, die auf die Etablierung klarer Kompetenz-zuteilungen, Verantwortlichkeiten und eindeutiger Befehlsstrukturen abzielen. Darauf abgestimmt ist der Ansatz der EU, diese Reformen durch das neu geschaffene *EU Coordination Office for Palestinian Police Support* (EUCOPPS) zu begleiten, gemeinsam mit dem Sicherheitsapparat Reform-, Ausstattungs- und Trainings-prioritäten zu erarbeiten und die europäische Unterstützung in dieser Hinsicht zu koordinieren.⁴⁷ Kurzfristig reichen diese Maßnahmen aber nicht aus, um die Sicherheitslage zu stabilisieren und einen weitgehend gewaltlosen Abzugsprozeß zu gewährleisten. Akut muß es darum gehen, den Sicherheitsapparat gegenüber den bewaffneten Gruppierungen, Banden und Milizen zu stärken. Mit Fortschritten ist nur dann zu rechnen, wenn es *erstens* den palästinensischen Sicherheitskräften in sämtlichen palästinensischen Gebieten erlaubt ist, Waffen zu tragen, ohne selbst zur Zielscheibe der israelischen Armee zu werden, und wenn Israel es ihnen gestattet, ihre Ausrüstung aufzubessern; wenn sie *zweitens* flexibel und unbürokratisch an unterschiedlichen Brennpunkten eingesetzt werden können; und wenn *drittens* Israel die Handlungsfähigkeit der palästinensischen Sicherheitskräfte nicht durch Militäroperationen und Liquidierungen untergräbt. Die EU sollte in diesem Sinne gemeinsam mit den Quartett-Partnern auf Israel einwirken.

⁴⁷ Durch das im April 2005 in Ramallah eingerichtete Koordinationsbüro unterstützt die EU die Umstrukturierung der zivilen Polizei. Kurzfristig stellt sie dazu Training und Ausstattungshilfen (Fahrzeuge, Kommunikation, Büroausstattungen, Infrastruktur) zur Verfügung; mittelfristig soll eine Strategie für die zivile Polizei ausgearbeitet werden, und langfristig geht es darum, einen kohärenten Gesetzesrahmen zu schaffen sowie Mechanismen, die Rechenschaftlichkeit garantieren, zu etablieren. Vgl. Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, Announces the Establishment of the EU Coordinating Office for Palestinian Police Support, Brüssel, 20.4.2005, unter: <http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/declarations/84603.pdf>.

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Großzügige Finanzhilfen sollten nach dem israelischen Abzug bereitgestellt werden, um die Infrastruktur im Gaza-Streifen und in der nördlichen West Bank wiederaufzubauen, den Bau des Hafens zu finanzieren sowie auf den Flächen der geräumten Siedlungen Wohnhäuser zu errichten. Deutschland und die EU sollten sich hier schnell und unbürokratisch beteiligen, damit rasch Arbeitsplätze geschaffen und kurzfristig die Lebensverhältnisse der Palästinenser spürbar verbessert werden.

Um darüber hinaus den Grundstein für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu legen, sollte das Quartett prioritär darauf hinwirken, die Bewegungsmöglichkeit von Personen und Gütern zu erweitern und verlässlicher zu machen, und zwar zwischen Gaza-Streifen und West Bank, innerhalb der West Bank und zwischen den palästinensischen Gebieten und den internationalen Märkten (inklusive Israel). Die Hauptherausforderung wird in diesem Bereich sein, das palästinensische Interesse an Bewegungsfreiheit mit israelischen Sicherheitsinteressen zu vereinbaren.

Die israelische Regierung hat Bereitschaft gezeigt, das Management der Grenzübergänge zwischen Gaza-Streifen und West Bank auf der einen und Israel auf der anderen Seite zu verbessern und damit eine schnellere und zuverlässigere Abfertigung zu gewährleisten. Im Juli 2005 hat sie für die Verbindung zwischen Gaza-Streifen und West Bank zudem einer Konvoi-Lösung zugestimmt, nach der palästinensische Warentransporte im Anschluß an eine Sicherheitsüberprüfung und in Begleitung israelischer Militärs zwischen Gaza-Streifen und West Bank verkehren können, ohne wie bislang an den Grenzterminals ihre Waren umladen zu müssen. Hier kommt es vor allem darauf an, den Warenfluß unabhängig von politischen Entwicklungen zu verstetigen.

Darüber hinaus gilt es, den Warenverkehr der palästinensischen Gebiete mit Ägypten und Jordanien zu erleichtern. Hilfreich könnte dabei die Unterstützung durch dritte Parteien an den internationalen Grenzübergängen sein. Die EU sollte anbieten, durch Training und Ausbildungsmaßnahmen den Aufbau palästinensischer Kapazitäten für Grenz- und Zollkontrollen zu fördern und mit ihren Quartett-Partnern eine internationale Präsenz an den Grenzübergängen

bereitzustellen, die eine direkte israelische Präsenz überflüssig machen kann.⁴⁸

Um den direkten Zugang zu den internationalen Märkten zu gewährleisten und der Isolierung der Bevölkerung entgegenzuwirken, sind der Ausbau des Hafens und des Flughafens im Gaza-Streifen wichtig. Israel hat mittlerweile seine Sympathie für Zwischenlösungen signalisiert, etwa für einen »Roll-On, Roll-Off (RoRo) Cargo Hafen« in Gaza, hat diesem aber noch nicht definitiv zugestimmt. Eine solche Option könnte die Anbindung an das ägyptische Port Said sicherstellen und würde deutlich weniger Zeit und Geld erfordern als der Ausbau des Tiefseehafens. Die EU sollte eine solche Übergangslösung finanziell und technisch unterstützen und weiterhin auf Israel einwirken, auch der Wiedereröffnung des Flughafens zuzustimmen.

Ebenso entscheidend ist, daß die PA für eine nachhaltige Verbesserung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sorgt, um Privatinvestitionen anzulocken. Dabei geht es insbesondere um Reformen im Bereich des Sicherheits- und Justizsektors, um den Kampf gegen Korruption sowie um eine fiskalische Stabilisierung. Deutschland und die EU sollten ein neu aufgelegtes Reformprogramm mit klaren Prioritäten unterstützen und ihre Unterstützungsleistungen erst dann aufstocken, wenn geeignete Bedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung geschaffen sind.⁴⁹

⁴⁸ Vgl. die detaillierten Empfehlungen einer israelisch-palästinensisch-internationalen Arbeitsgruppe für die Rolle dritter Parteien an den internationalen Grenzübergängen, bei der Grenzsicherung (u.a. Philadelphi-Route), der Sicherheit an Hafen und Flughafen und hinsichtlich der Küstengewässer: Amjad Atallah u.a., Planning Considerations for International Involvement in an Israeli Withdrawal from Palestinian Territory, Mai 2004 (Strategic Assessments Initiative and Cambridge University [SAI/CU]), unter: <www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/SZIE-5ZJLNT?OpenDocument>, sowie die vier von The Service Group, USAID und der Weltbank ausgearbeiteten technischen Papiere zu Grenzen und Handel, Industrieanlagen, Grenzregimen und Siedlungen unter: <<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/WESTBANKGAZAEXTN/0,,contentMDK:20209926~pagePK:141137~piPK:217854~theSitePK:294365,00.html>>.

⁴⁹ Dazu sollte die EU die Implementierung des palästinensischen Reformplans im Rahmen der *Task Force on Palestinian Reform* und auf Basis der Schlußfolgerungen der Londoner Geberkonferenz vom März 2005 nach wie vor unterstützen. In London präsentierte die PA Reformvorschläge in drei Bereichen: Regierungsführung, Sicherheit und ökonomische Entwicklung, wobei eine Priorisierung unterblieb. Vgl. Conclusions of the London Meeting on Supporting the Pales-

Schließlich sollte die EU gemeinsam mit den Quartett-Partnern darauf hinwirken, daß Israel den Plan einer schnellen ökonomischen Trennung von den palästinensischen Gebieten noch einmal überdenkt. Mittelfristig ist es sinnvoll, die einseitige Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft vom israelischen Arbeitsmarkt abzubauen und ihr den Export von Waren und Dienstleistungen nach Israel und in andere Länder zu ermöglichen. Priorität in der Übergangsperiode muß allerdings sein, Arbeitsplätze auch in Israel sowie einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu erhalten. Israel sollte daher weiterhin palästinensische Arbeitskräfte zulassen und die Zollunion, auch angesichts eines Rückzugs von der Philadelphi-Linie, nicht aufkündigen.

Legitime und effiziente palästinensische Führung

Die Bildung effizienter, transparenter und demokratischer Institutionen in den palästinensischen Gebieten ist wichtig, um die Legitimität der PA in der eigenen Bevölkerung zu stärken. Gleichzeitig sind solche Institutionen aber auch essentielle Bausteine eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Die EU sollte die PA deshalb bei deren Aufbau unterstützen.

Sie sollte der PA-Führung auch abfordern, umgehend einen baldigen Termin für die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat bekanntzugeben und an ihm festzuhalten, selbst wenn dabei mit einem starken Ergebnis der Opposition zu rechnen ist. Das entscheidende Problem ist nicht der politische Aufstieg der Hamas, sondern die Unfähigkeit des palästinensischen Sicherheitsapparates, sich gegen die bewaffneten Gruppierungen und Milizen durchzusetzen. Wahlen bieten die Chance, die derzeit ausgetragenen Macht- und Richtungskämpfe friedlich beizulegen und die militanten Fraktionen und die junge Garde der Fatah ins politische System und die Verantwortung einzubinden. Die EU sollte sich, wie angekündigt, bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen mit Wahlhilfe und Wahlbeobachtung engagieren. Darüber hinaus sollte sie sich rechtzeitig mit Israel koordinieren, damit Wahlkämpfer, Wähler und Wahlbeobachter aller Parteien die nötige Bewegungsfreiheit erhalten.

tinian Authority, 1.3.2005, unter: <www.fco.gov.uk/Files/kfile/LondonMeeting010305_Conclusions.pdf>. Die EU sollte zunächst gemeinsam mit der PA Prioritäten identifizieren.

Vollständiger Teilabzug

Das Quartett sollte darauf drängen, daß der Teilabzug vervollständigt wird. Denn eine verbleibende israelische Militärpräsenz wird nicht nur dauerhaft Anlaß zu Reibungen und Konflikten geben, sie wird auch die ökonomischen Aktivitäten der Palästinenser behindern. In bezug auf den Gaza-Streifen sollte die internationale Gemeinschaft Arrangements unterstützen, die es Israel ohne Sicherheitseinbußen erlauben, die Philadelphi-Route zu räumen und dem Bau oder der Wiedereröffnung von Hafen und Flughafen zuzustimmen. Dafür wird Ägypten, um Schmuggel an der Grenze zum Gaza-Streifen zu unterbinden, Grenztruppen und Polizeikräfte auf seiner Seite der Grenze stationieren – für diese Aufgabe ist eine 750 Mann starke Truppe vorgesehen. Zudem sollte eine internationale Beobachtermission diese Grenzsicherung unterstützen, zum Beispiel die auf dem Sinai stationierten *Multinational Force and Observers* (MFO), die sich als effektives Instrument der Prävention von israelisch-ägyptischen Konflikten erwiesen haben. Zuvor müßte das Mandat der MFO entsprechend abgeändert und die PA miteinbezogen werden.⁵⁰

Darüber hinaus könnte mittelfristig eine internationale Präsenz an den internationalen Übergängen (Grenzübergang Rafah, Hafen und Flughafen) palästinensische Grenz- und Zollkontrollen ergänzen und eine israelische Anwesenheit überflüssig machen.⁵¹ Auch diese internationale Präsenz müßte, wie die MFO, unter amerikanischer Leitung stehen. Deutschland und die EU sollten die Suche nach konkreten Lösungsmöglichkeiten weiter vorantreiben und sich finanziell stärker engagieren, wenn das Mandat der MFO ausgeweitet würde.

In der nördlichen West Bank sollte die Gebergemeinschaft Israel dazu drängen, im Dreieck zwischen Nablus, Tulkarem und Jenin ein territorial

weitgehend zusammenhängendes Gebiet unter palästinensischer Kontrolle zu schaffen, statt ein paralleles palästinensisches Straßennetz zu finanzieren.⁵² Dies würde *erstens* erfordern, die weiteren Kleinsiedlungen in der nördlichen West Bank (Mevo Dotan, Hermesh, Shave Shomron, Enav, Avne Hefetz) zu räumen, an denen Israel ohnehin nicht unbedingt auf Dauer festhalten möchte. *Zweitens* sollte darauf hingewirkt werden, daß der Status der Gebiete von einem C- in einen A-Status umgewandelt wird, so daß die PA in diesen Gebieten Selbstverwaltungskompetenzen erhalten und dazu auch die Verantwortung für innere Ordnung und Sicherheit übernehmen würde.

Wiedereinstieg in den Roadmap-Prozeß

Entscheidende Voraussetzung für eine dauerhafte Beruhigung der Situation und damit für das Gelingen des Abzugs ist die Überzeugung der palästinensischen Bevölkerung, daß »Gaza zuerst« nicht »nur Gaza« bedeutet, daß es sich also um einen ersten von mehreren Schritten handelt, die auf das Ende der Besatzung abzielen. Unter den derzeitigen Umständen wäre es gleichwohl naiv, nach Abschluß des Teilabzugs zu fordern, daß umgehend Verhandlungen über den endgültigen Status aufgenommen werden. Nach den bewaffneten Auseinandersetzungen der letzten Jahre sind die Voraussetzungen für Verhandlungen über einen endgültigen Status alles andere als gut. Aber ohne die Hoffnung auf einen Ausweg aus der verfahrenen Situation wird Stabilität ausbleiben. Und die ist notwendig, um vertrauensbildende Wirkung zu entfalten und den Weg zu Verhandlungen zu ebnen.

Das Quartett sollte daher sowohl eine konkrete Möglichkeit der Konfliktregelung als auch die bis dahin zurückzulegenden Wegetappen aufzeigen. Der damit eröffneten Perspektive sollte sie zudem durch

⁵⁰ Vgl. David Makovsky, Gaza. Moving Forward by Pulling Back, in: *Foreign Affairs*, 84 (Mai/Juni 2005) 3, S. 52–62 (58–60). Das Mandat der MFO ist in einem Zusatzprotokoll von 1981 zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von Camp David festgehalten; Truppen und Beobachter aus elf Staaten sichern unter amerikanischer Führung den Frieden auf dem Sinai. Finanziert wird die Mission zum größten Teil von Ägypten, Israel und den USA; Deutschland, Japan und die Schweiz leisten kleinere Beiträge. Vgl. auch <www.mfo.org>. Der Leiter der MFO, James A. Larocco, unterstützt eine Ausweitung des Mandats zur Grenzsicherung des Gaza-Streifens. Persönliches Gespräch mit der Autorin in Berlin, 16.2.2005.
⁵¹ Vgl. etwa Brom, *The Disengagement Plan. Ramifications* [wie Fn. 11].

⁵² Nach einem israelischen Vorschlag soll die Gebergemeinschaft den Bau von zusätzlich 52 Straßen und 16 Tunnels bzw. Brücken für den palästinensischen Verkehr finanzieren, damit um die Siedlungen herum eine geographische Kontinuität in der West Bank hergestellt werde. Eine solche Lösung hält die Weltbank sowohl vom völkerrechtlichen als auch vom ökonomischen Standpunkt für inakzeptabel und ineffizient. Priorität müsse vielmehr der Abbau von Beschränkungen auf den bereits existierenden Straßen, der Abbau von weiteren Siedlungen in der nördlichen West Bank und die Ausdehnung der PA-Kontrolle auf die geräumten Gebiete haben, damit ein zusammenhängendes Gebiet wenigstens im Dreieck zwischen Nablus, Tulkarem und Jenin entstehe. Vgl. *The World Bank, Stagnation or Revival?* [wie Fn. 28], S. 9.

ein verstärktes internationales Engagement Glaubwürdigkeit verleihen. Das bedeutet im einzelnen:

Erstens sollte der Roadmap-Prozeß, auf den sich beide Konfliktparteien grundsätzlich verpflichtet haben, mit einem angepaßten und verbindlichen Zeitplan wiederbelebt und intensiv begleitet werden. Zur Unterstützung sollte das Quartett die vorgesehenen Komitees einsetzen, die Fortschritte in den Bereichen Sicherheit (PA-Sicherheitsreform, israelisch-palästinensische Sicherheitskooperation, israelischer Truppenrückzug), »besondere Operationen« (Siedlungen, Volksverhetzung, palästinensische Institutionen in Jerusalem), zivile Reformen in der PA und humanitäre Angelegenheiten beobachten sollen. Diese Komitees sollten einem Quartett-Beauftragten mit hohem politischem Standing und umfassendem Mandat unterstellt werden.

Zweitens sollte die dritte Phase der Roadmap ausbuchstabiert werden, um die Umrisse der Konfliktregelung festzuhalten, auf die der Prozeß hinauslaufen soll. Dabei sollten die Europäer im Quartett an die Zusage des amerikanischen Präsidenten anknüpfen, eine Konfliktregelung im Sinne zweier friedlich nebeneinander existierender Staaten noch im Laufe seiner zweiten Amtsperiode verwirklichen zu wollen. Die wichtigsten Prinzipien einer Konfliktregelung sollten festgeschrieben werden: Zweistaatlichkeit auf Basis der Waffenstillstandslinien von 1949 mit der Möglichkeit eines gleichwertigen Landtausches, um beiden Staaten weitestgehende Sicherheit und territoriale Kontinuität zu gewährleisten; eine Lösung für Jerusalem auf Basis der Clinton-Formel;⁵³ sowie eine pragmatische Regelung des Flüchtlingsproblems, das im wesentlichen die Rückkehr der beiden Völker in den jeweiligen Staat vorsieht.

Nur wenn eine solche Perspektive glaubhaft eröffnet wird, besteht die Chance, daß sich die Lage kurz- bis mittelfristig stabilisieren läßt. Nur dann wird der Teilabzug zu einem Präzedenzfall werden, von dem eine positive neue Dynamik ausgeht, die letztlich auch in eine Friedensregelung münden kann. Gelingt es nicht, diese Chance zu nutzen, bleiben die Aussichten für eine friedliche Konfliktregelung auf absehbare Zeit ungünstig. Für die Realisierung einer Zwei-

staatenlösung bestünden dann kaum noch Aussichten.

⁵³ In seinem Kompromißvorschlag vom Dezember 2000 schlug der damalige US-Präsident Clinton als generelles Prinzip vor, daß in Jerusalem palästinensische Souveränität über die arabischen Viertel und israelische Souveränität über die jüdischen Viertel gelten solle. President Clinton's Proposal, 23.12.2000, in: *Le Monde Diplomatique*, unter: <<http://mondediplo.com/focus/mideast/a3271>>.

Anhang

A1 Siedlungen und Siedler in West Bank, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem

Tabelle A
Bevölkerungsverteilung 2000 und -projektionen 2020 und 2050 (in Mio.)

	Bevölkerung 2000	Projektion 2020	Projektion 2050
Palästinenser in palästinensischen Gebieten	3,2	5,7	11,6
Israel insgesamt	6,2	8,7	11,9
davon Juden	5,0	6,7	8,8
davon Araber	1,2	2,0	3,1

Quelle: Sergio Dellapuergola/Michel Louis Lévy, La démographie dans le conflit israélo-palestinien, in: Commentaire, 26 (Winter 2003–2004) 104, S. 941–951 (947ff).

Tabelle B
Siedlungen und Siedler in den palästinensischen Gebieten, 2004

	Zahl der Siedlungen 2004	Zahl der Siedler 2004 (in Mio.)	zum Vergleich: Palästinenser 2004 (in Mio.)
West Bank	139	0,2	2,2
Gaza-Streifen	17	0,008	1,4
Ost-Jerusalem	14	0,2	0,2
Insgesamt	170	0,4	3,8

Quelle: *Foundation for Middle East Peace*, West Bank, Gaza Strip and East Jerusalem Data Base, <www.fmep.org>.

Tabelle C
Siedlungen und ihr prozentualer Anteil an der Fläche der palästinensischen Gebiete vor dem Teilabzug 2005

	Fläche (in qkm)	Bebaute Fläche der Siedlungen (in %)	als Siedlungsflächen markiert (in %)
West Bank	5655	< 3	42
Gaza-Streifen	365	7,3	38
Ost-Jerusalem	70	Keine Angabe	34 (enteignet für öffentliche Nutzung) 9 (für Siedlungsexpansion) 44 (sogenannte »Green Area«)

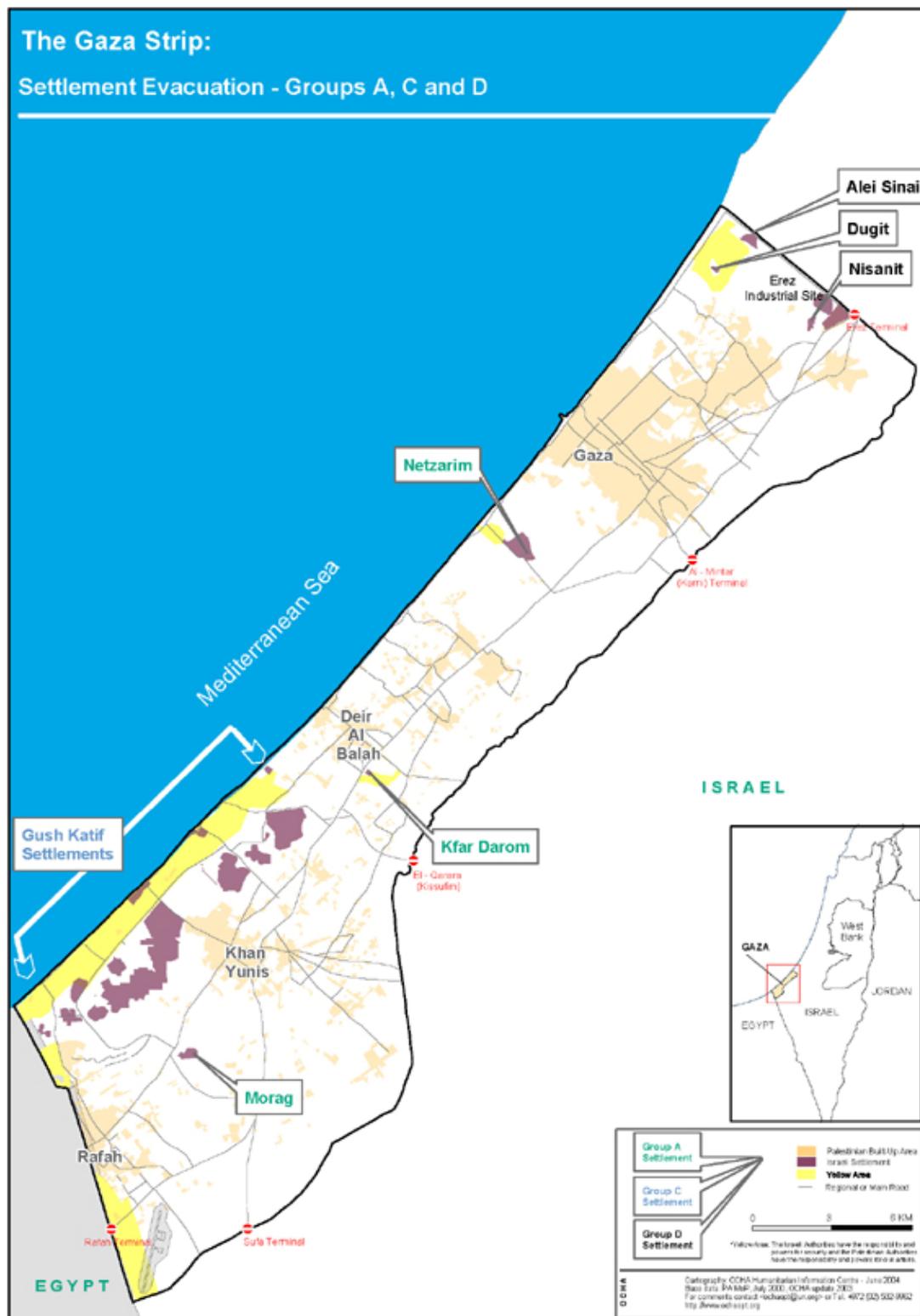
Quellen: *Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA)*, <www.passia.org>; und *The World Bank*, Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements, Washington, DC, Juni 2004, S. 14.

Tabelle D
Räumung von Siedlungen gemäß Abkoppelungsplan

	Zahl der Siedlungen	Zahl der Siedler
West Bank	4	480
Gaza-Streifen	17	8.000
Ost-Jerusalem	0	0

Quelle: *Israel Ministry of Foreign Affairs*, The Cabinet Resolution Regarding the Disengagement Plan, 6.6.2004, <www.mfa.gov.il/>; die Zahl der Siedler basiert auf Angaben aus dem Jahre 2003 von *Peace Now*, <www.peacenow.org.il/>.

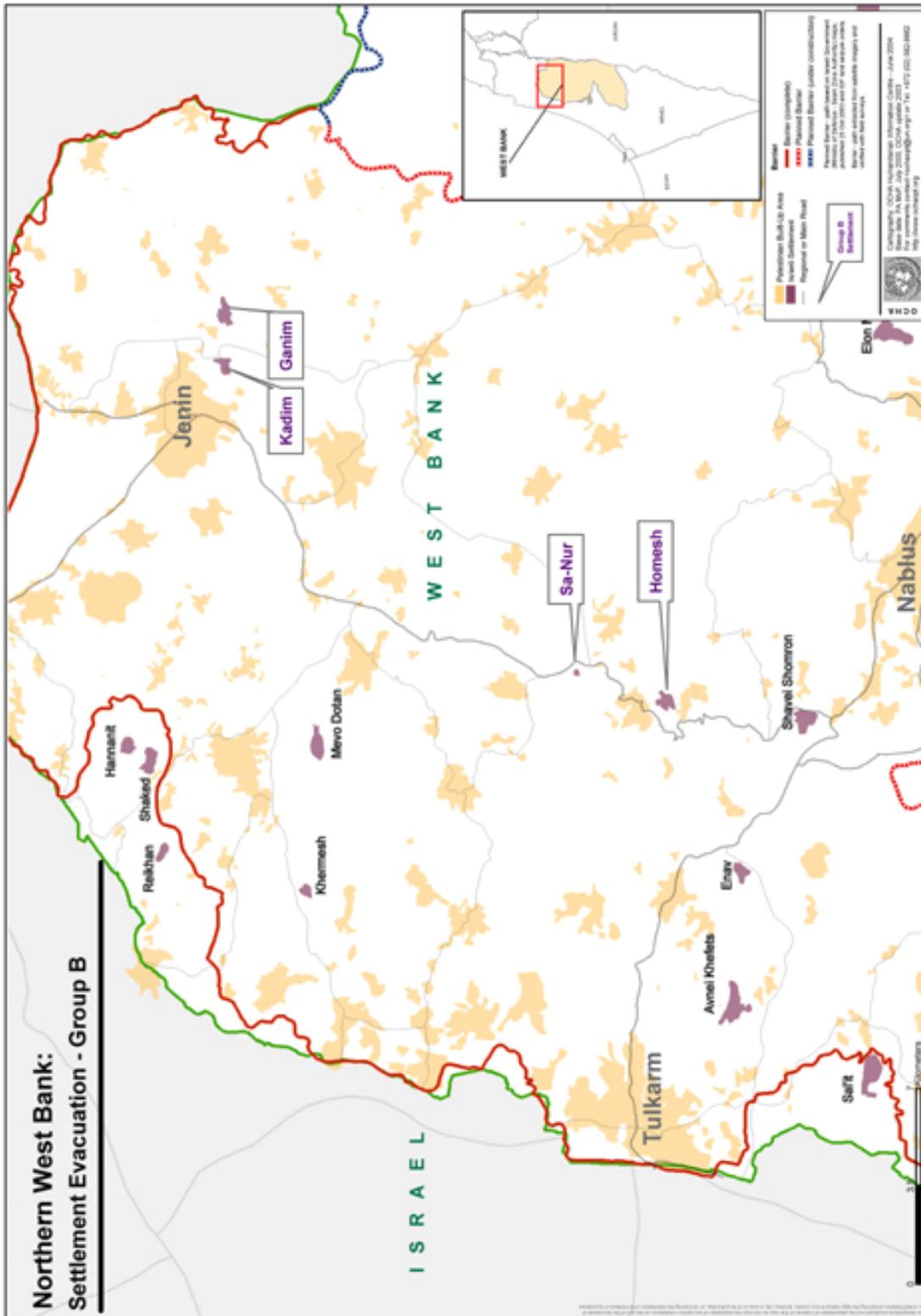
A2
Siedlungsräumung im Gaza-Streifen



Quelle: *The World Bank*, Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements, Washington, DC, Juni 2004, unter: [http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/\\$File/Disengagement+Paper.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/$File/Disengagement+Paper.pdf), S. v.

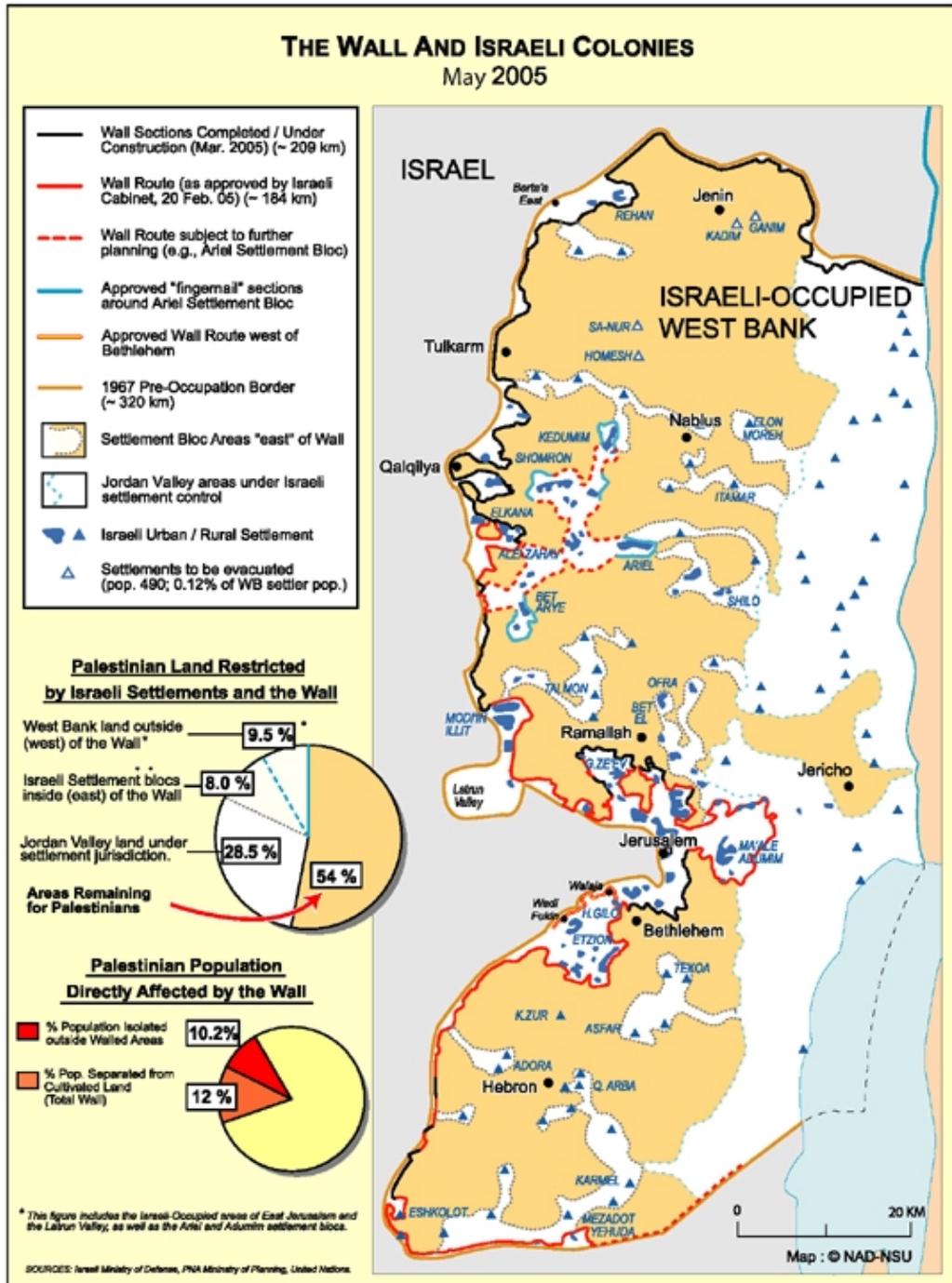
SWP-Berlin
Nach dem israelischen Teilabzug
August 2005

A3
Siedlungsräumung in der nördlichen West Bank



Quelle: *The World Bank, Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements*, Washington, DC, Juni 2004, unter: [http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/\\$File/Disengagement+Paper.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Disengagement+Paper/$File/Disengagement+Paper.pdf), S. vi.

A4
Verlauf der Sperranlagen und Lage der Siedlungen in der West Bank



Quelle: Negotiation Affairs Department der PLO, Israel's Wall and Colonies, Mai 2005, unter: <www.nad-plo.org/maps/wall/pdf/wallcolonies.pdf>.

SWP-Berlin
Nach dem israelischen Teilabzug
August 2005

A5

Makroökonomische Indikatoren der palästinensischen Volkswirtschaft, 1999–2004

Entwicklung	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<i>makroökonomischer Indikatoren</i>						
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (in Mio. US-Dollar)	4,179	4,116	3,329	2,831	3,144	3,336
West Bank	2,874	2,811	2,228	1,924	2,172	2,320
Gaza-Streifen	1,304	1,305	1,101	907	973	1,016
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	1,493	1,409	1,087	879	925	934
West Bank	1,681	1,576	1,193	983	1,052	1,072
Gaza-Streifen	1,199	1,147	920	717	729	722
Reale Wachstumsrate	9%	-6%	-15%	-10%	6%	3%
Reale Wachstumsrate pro Kopf	4%	-10%	-19%	-15%	1%	-2%
Reale BIP-Wachstumsrate pro Kopf, kumulativ (Basisjahr 1999)		-10%	-27%	-37%	-37%	-38%
Bruttonationaleinkommen pro Kopf (in US-Dollar)	1,896	1,839	1,513	1,326	1,467	1,393
West Bank	2,113	2,035	1,662	1,452	1,621	1,557
Gaza-Streifen	1,555	1,532	1,282	1,130	1,227	1,140
Reale Wachstumsrate	9%	-3%	-9%	-3%	11%	-3%
Reale Wachstumsrate pro Kopf	4%	-7%	-13%	-7%	6%	-8%
Reale Wachstumsrate pro Kopf, kumulativ (Basisjahr 1999)		-7%	-19%	-25%	-21%	-27%
Armutsrage	20%	27%	37%	51%	47%	48%
West Bank	13%	18%	27%	41%	37%	38%
Gaza-Streifen	32%	42%	54%	68%	64%	65%
Arbeitslosenrate	12%	14%	26%	31%	26%	27%
West Bank	10%	12%	22%	28%	24%	23%
Gaza-Streifen	17%	19%	34%	38%	29%	35%

Quelle: *The World Bank*, Stagnation or Revival? Israeli Disengagement and Palestinian Economic Prospects, Washington, DC, Dezember 2004, unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/WBG-Overview-e.pdf>, S. 32.

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EU	Europäische Union
EUCOPPS	EU Coordinating Office for Palestinian Police Support
G 8	Gruppe der Acht (die sieben führenden westlichen Industrieländer + Rußland)
ICG	International Crisis Group
JMCC	Jerusalem Media and Communication Center
MFO	Multinational Force and Observers
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (hier: in the Occupied Palestinian Territory)
PA	Palästinensische Autorität
PASSIA	Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs
PLC	Palestinian Legislative Council
PLO	Palestine Liberation Organization
UN	United Nations
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency
USAID	The United States Agency for International Development